

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 30 S.

Der Arbeitsnachweis im Maurergewerbe.

I.
Je weitwichtigter und damit unübersehbarer das ganze Produktionsgetriebe wird, um so nachdrücklicher heischt die Frage der Arbeitsvermittlung nach einer zufriedenstellenden Lösung. Bei ganz einfachen Verhältnissen erfüllt diese Frage gar nicht; in kleinen, abgeschlossenen Wirtschaftskreisen, wie es etwa unsere abgelegenen Landstädte sind, regelt sich die Arbeitsvermittlung von selbst. Der Wechsel ist gering, und so einmal Stellen frei werden, da bringt es die Kleinheit der Verhältnisse mit sich, daß es jeder erfährt, der ein Interesse daran haben könnte. Aber ganz anders ist es in den Gebieten des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft mit ihren örtlich und zeitlich schwankenden Konjunktoren. Da ist der Wechsel, die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ungeheuer groß. Es ist ein stetes Kommen und Gehen. Hier zwingt die Geschäftslage die Kapitalisten, große Arbeitermassen abzugeben, dort müssen wieder welche angeworben werden. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß es im Interesse der Volkswirtschaft liegt, in dieses hüte Durcheinander regelnd einzugreifen, sowohl um den beschäftigungslosen Arbeitern wieder Verdienst zu sichern und ihre Arbeitskraft nicht brach liegen zu lassen, wie auch um die notwendige Erzeugung von Gütern nicht zu verzögern. Denn durch beides gehen der Gesamtheit ungeheure Summen verloren. Man denke sich einmal nur den durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegenden Fall, daß im Osten des Landes 100 000 und mehr Arbeiter arbeitslos sind, während im Westen ein Arbeitermangel herrscht; daß Rohprodukte, die der Verarbeitung harren, dem Verderben ausgesetzt sind und große, kostspielige Maschinenanlagen stillstehen müssen, weil es an Arbeitern fehlt. Welche Vermeidung von Produktionskräften! Welcher Verlust an Werten!

Obwohl also die Arbeitsvermittlung eine Angelegenheit von hoher öffentlicher Bedeutung ist, haben sich die öffentlichen Stellen bisher wenig darum gekümmert. Das an städtischen Arbeitsnachweisen besteht, verdient kaum diesen Namen, wenn man damit den Begriff eines Regulators auf dem Arbeitsmarkt verbindet. Oft hat man sie nur des Namens wegen eingerichtet, um etwas sozialpolitisches Feuerwerk aufzudackern zu lassen, oft fasste man sie enghergig als Maßnahmen gegen die Landfluchterei auf; nur wenige von diesen kommunalen Arbeitsnachweisen haben eine Tätigkeit entfalten können, die volkswirtschaftlich irgendwie ins Gewicht fällt. Und doch ist die Arbeitsvermittlung ein Feld des 'sozialen Wirkens', für das die Gemeinden besonders prädestiniert sind. Die Zahlen der städtischen Arbeitsnachweise machen zwar manchmal einen recht imponierenden Eindruck, wenn zum Beispiel Berlin im Jahre 1907 über 100 000 Stellenbesetzungen aufzählt, Düsseldorf über 40 000, Frankfurt am Main über 37 000 usw.; aber was wollen diese Zahlenreihen besagen bei der um das Vielfache größeren Zahl der Arbeiter, von denen viele die Arbeit oft mehr als acht, zehmal im Jahre wechseln müssen? Und außer den Städten hat sich überhaupt keine Behörde für die Arbeitsvermittlung geschaffen.

Je größer mit dem wachsenden Umfange der Produktion das Bedürfnis nach Arbeitsvermittlung wurde, um so mehr versuchten die direkt daran Interessierten selbst eine solche zu schaffen. Sowohl Arbeiter wie Unternehmer begannen mit der Organisation von Arbeitsnachweisen. Aber man erkannte auch immermehr, daß der Besitz des Arbeitsnachweises eine gute Waffe gegen den andern Teil war, und aus dieser Einsicht heraus entwickelten sich die Kämpfe um den Arbeitsnachweis zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Das Baugewerbe ist von diesen

Kämpfen bis vor kurzem nur wenig berührt worden, was daher kommen mag, daß hier die Arbeitsvermittlung nicht so schwierig war, wie in manchen andern Gewerben. Der Arbeit suchende Maurer sieht schon von weitem die Baustellen und lenkt seine Schritte dorthin; und wenn die Stadt nicht allzu groß ist, wird er sich bald darüber vergewissert haben, ob eine Stelle für ihn offen ist oder nicht. Darauf ist es sicher zurückzuführen, daß von unsern Organisationen niemals ein ernstlicher Versuch nach dieser Richtung hin unternommen worden ist, und daß auch die Unternehmer nur in wenigen Fällen über erfolglose Anläufe hinauskommen.

Daraus ergibt sich aber auch; daß dort, wo die Unternehmer Nachweise einrichteten, nicht die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte maßgebend waren; sondern daß es sich bei ihnen um Kampfwerte handelte. Sie wollten den Arbeitsmarkt beherrschen, um dadurch die Gesellen von sich, von ihrem Wohlwollen abhängig zu machen; sie wollten ihre Machtstellung gegenüber den Arbeiterorganisationen stärken. Dafür bieten nicht allein die Verhandlungen ihrer Generaterversammlungen, sondern auch die von ihnen eingerichteten Nachweise selbst, ihre Handhabung und Verwaltung, Beweise genug.

Betrachten wir uns die Handhabung der Arbeitsvermittlung bei den heute bestehenden Nachweisen der Unternehmer. Nach den Angaben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sollen solche in folgenden 27 Orten bestehen: Braunschweig, Cuxhaven, Breslau, Dresden, Plauen i. V., Crefeld, Erfurt, Gotha, Greifswald, Dessau, Halle a. d. S., Hamburg, Harburg, Elmshorn, Kiel, Lübeck, Hannover-Linden, Nürnberg, Posen, Berlin, Braunsberg, Königsberg, Magdeburg, Stettin, Frankenberg i. S. und Nordenham. Durch eine Umfrage haben wir über die Nachweise in den durch Druck ausgezeichneten Orten näheres erfahren. So klein auch der Kreis der erfassten Städte ist, so kann man aus dem gewonnenen Material doch genügend erkennen, welche Beweggründe bei den Unternehmern die Einrichtung der Nachweise veranlassen und wie die ganze Handhabung durch diese Beweggründe bestimmend beeinflusst wurde. Die Nachweise der baugewerblichen Unternehmer erstrecken ihre Tätigkeit in den meisten Fällen auf Maurer, Banhilfsarbeiter und Zimmerer; teilweise auch auf Steinhauer, Dachdecker, Stukkateure und andre Berufsgruppen.

Der Nachweis in Braunschweig wurde im Jahre 1902 gegründet. Auf seine Verwaltung hat nur der Arbeitgeberbund Einfluß. Vorbedingung für die Einstellung ist der Entlassungsschein, den jeder Arbeiter aufweisen muß. Die Arbeiter erhalten im Nachweis einen Ausweiszettel, auf dem der Reihenfolge nach die Geschäfte angegeben sind, die Bedarf an Arbeitskräften gemeldet haben. Die Zuweisung an ein bestimmtes Geschäft gibt den Arbeitern keinen Anspruch auf Anstellung. Es ist vorgekommen, daß Kollegen, die ohne Vermittlung des Nachweises Arbeit fanden, wieder aufhören mußten, weil sie keinen Entlassungsschein hatten; sie konnten erst wieder arbeiten, als sie von ihrem früheren Unternehmer in Weffalen bestätigt bekommen hatten, daß sie nicht ausgesperrt worden waren. Ein anderer in Braunschweig mit Familie anfängiger Kollege war wegen Arbeitsmangels nach Bremerhaven gegangen. Dort wurde er des Tischlerstreichs wegen ausgesperrt. Als er darauf nach Braunschweig zurückkam, wurde ihm auf dem Nachweis der Ausweiszettel verweigert, so daß er wieder abwandern mußte. Jetzt in den letzten Wochen hat der Nachweis erst wieder als Streifbrevetvermittlungsbureau gearbeitet, um einer ansässigen gesperrten Firma Arbeiter zuzutreiben. Der Braunschweiger Nachweis steht bei den dortigen Bauarbeitern im schlimmsten Ruf.

Der Nachweis in Berlin ist noch sehr jung und hat sich bisher wenig eingebürgert. Trotz heißen Bemühens

des Verbandes der Baugeschäfte, alle Stellen durch den Nachweis zu besetzen, erfolgen die Einstellungen noch meistens auf den Arbeitsplätzen durch die Polizei. Zwar ist der Nachweis sehr viel umlagert, das ist jedoch auf den herrschenden Arbeitsmangel zurückzuführen. Dem Berliner Nachweis läßt sich nicht direkt nachweisen, daß er als Maßregelungsbureau wirkt, obwohl verschiedene Vorkommnisse diesen Verdacht gerechtfertigt erscheinen lassen.

Der Nachweis in Magdeburg ist ohne Bedeutung. Die Unternehmer selbst legen wenig Gewicht auf seine Benutzung, so daß man auch keine Klagen über ihn hört.

Ähnlich verhält es sich mit dem Nachweis in Dresden, der kaum ein Nachweis genannt werden kann. Im Zimmungsbaue hängt eine Tafel, wo manchmal angeschrieben wird, daß dort und dort Maurer usw. gesucht werden.

Der vom Arbeitgeberbund angeführte Arbeitsnachweis in Crefeld existierte bisher überhaupt nicht, wenigstens ist den Bauarbeitern nie etwas davon bekannt geworden.

Von weit größerer Bedeutung ist der Nachweis der Zimmung Bauhütte zu Hamburg. Er wurde während der Aussperrung im Jahre 1902 eingerichtet und hat sich seitdem am Leben erhalten, obwohl sich viele Unternehmer nicht um ihn kümmern. Seine Satzungen enthalten zwar scharfe Strafbestimmungen für Unternehmer, die den Nachweis umgehen, aber man ist doch mit der Bestrafung selbst sehr zurückhaltend. Obwohl der Zimmungsvorstand mit großem Nachdruck dagegen auftritt, erfolgen doch meistens die meisten Einstellungen direkt auf den Bauten. Die Unternehmer empfinden die ihnen aus dem Nachweis erwachsenden Scherereien höchst unbequem, was auch erklärlich ist, wenn man den Vorgang kennt, der uns folgendermaßen geschildert wird:

Nach den Satzungen (§ 2) soll den Meistern und Gesellen durch die Vermittlung Zeit und Mühe erspart werden. Das Gegenteil ist der Fall. Stellt ein Meister an seinem Bau mehrere Gesellen am Tage ein, so ist er nach einem Beschluß, der in den Satzungen nicht enthalten ist, verpflichtet, diese abends mit einem Zettel folgenden Inhalts zum Nachweis zu schicken:

Der Maurer ist von mir eingestellt worden.
Hamburg, (Datum) (Unterschrift des Meisters.)

Auf dem Arbeitsnachweis wird dem Gesellen dieser Zettel abgenommen und der letzte Entlassungsschein abverlangt. Hat der Geselle nun vorher bei einem Zimmungsmeister gearbeitet und hat davon einen Entlassungsschein, dann wird dieser nicht anerkannt, und er erhält keinen Zuweisungszettel (§ 5 Abs. 2). Erscheint dieser Geselle am andern Morgen ohne diesen Zuweisungszettel, dann darf ihn der Unternehmer nicht wieder anfangen lassen. Für jeden Einzelfall sind M. 20 Konventionalstrafe festgesetzt, wenn der Unternehmer den Gesellen weiterarbeiten läßt. Ist ein Geselle aber in Besitze eines Entlassungsscheines von einem Zimmungsmeister, und hat er bei einem andern Zimmungsmeister aus irgendwelchen Gründen Differenzen gehabt, dann erhält er ebenfalls keinen Zuweisungszettel, sondern es wird ihm kurz erklärt, für ihn sei keine Arbeit da, obgleich er doch schon solche hatte. Dem betreffenden Unternehmer werden dann dafür andre Arbeitskräfte zugeschickt. Ob diese für die betreffende Arbeit, wozu am Tage vorher die zurückgewiesenen Gesellen eingestellt waren, zu gebrauchen sind oder nicht, kümmert den Nachweis nicht. Diese Fälle kommen in jedem Jahre zu Dutzenden vor. Durch diese Maßnahmen werden die Nachweise zu Kontroll- resp. Maßregelungsbureaus. Aber noch ein recht trauriger Fall mag als Beweis dafür angeführt werden. Der Maurergeselle E. arbeitete im Jahre 1903 bei der Firma Trebig & Reitz (Zimmungsmeister). Am 17. Oktober bekamen die dort beschäftigten organisierten Maurer mit den dort ebenfalls

beschäftigten Unorganisierten Differenzen. L., dem schon am Tage vorher von einem andern Innungsmeister S. Arbeit versprochen war, hörte ordnungsmäßig auf und fing einige Tage darauf bei S. an zu arbeiten. Die organisierten Maurer hatten nach L. ebenfalls die Arbeit eingestellt, worauf die Firma T. & N. ihre Namen beim Arbeitsnachweis eintrachtete. Obgleich nun L. mit dieser Arbeitseinstellung gar nichts zu tun gehabt hätte, stand er ebenfalls mit auf der schwarzen Liste. Seitens des Nachweises wurde nun von dem Unternehmer S. verlangt, den L. wieder zu entlassen, was er schließlich tat, jedoch nicht ohne den L. von dem Grund der Entlassung in Kenntnis zu setzen. Diese Tatsachen sind vor dem Oberlandesgericht im Jahre 1905 festgestellt worden.

Es genügt bei dem Arbeitsnachweis vollständig, wenn ihm ein Innungsmeister, dessen Baustelle infolge gemeiner Behandlung der reine Laubenschlag ist, von Zeit zu Zeit eine Liste einreicht, auf der die Gesellen benannt, die nach seiner Meinung bei ihm die Arbeit zu Unrecht verlassen haben. Dann kommen sie ohne jegliche Nachprüfung auf die schwarze Liste. Aus Altona sind uns derartige Fälle nicht bekannt, dort wird der Nachweis im allgemeinen lokaler geleitet. Unser Urteil über den Hamburger Nachweis ist nach unserer Erfahrung dies: Die Arbeitsvermittlung ist bei ihm nur Nebenzweck. Der Hauptzweck ist die Erlangung der Personalien (Kartensystem), die ständige Kontrolle der bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen und die Brotlosmachung der Gesellen, die sich als sogenannte „Heher“ oder dergleichen bemerkbar machen, durch fortgesetzte Maßregelungen. In neuerer Zeit ist an allen Bauten der Innungsmeister ein Plakat angebracht, wonach Arbeitssuchenden das Betreten der Baustelle untersagt ist und diese zum Arbeitsnachweis gewiesen werden.

Der Arbeitsnachweis in Posen wurde im März 1905 vom Arbeitgeberbund gegründet. Unsere Organisation in Posen erhielt davon eine offizielle Mitteilung, zugleich wurde ihr ein Exemplar der Geschäftsordnung zugesandt. Die Arbeiter stellten darauf Anträge, die auf einen paritätischen Nachweis hingingen, und erlitten um Verhandlungen, aber Anträge und Verhandlungsgesuch wurden abschlägig beschieden. Der Arbeitgeberbund schrieb damals, daß der Nachweis das Auffuchen von Arbeit erleichtern solle. Diese Hoffnung hat der Nachweis nicht erfüllt. Es ist keine Erleichterung, sondern eine Erschwerung der Arbeitssuche eingetreten. Zwar sucht auch heute noch der Maurer seine Arbeit auf den Bauten, aber wenn er eingestellt ist, so muß er mit dem vom Polier oder Unternehmer erhaltenen Zettel zum Nachweis und sich dort eintragen lassen. Werden Arbeitsstellen direkt durch den Nachweis vermittelt, dann kommt es sehr oft vor, daß die Kollegen gar nicht eingestellt werden. Das ist doch keine Erleichterung! Oder ist das etwa eine Vereinfachung, daß der Polier heute einstellt und abends ihre Quittungskarten nach dem Nachweisbureau schaffen läßt, damit sie dort zur Erzielung einer recht hohen Vermittlungsziffer eingetragen werden? Von offenen Maßregelungen hat man bisher nichts gehört, aber vor den Lohnbewegungen in den Jahren 1906 und 1908 hat der Verwalter des Nachweises, ein pensionierter Oberförster, oft versucht, die Arbeitssuchenden zu überreden, von der Organisation zurückzutreten. Nach den Lohnbewegungen war der Nachweis jedesmal ein Maßregelungsbureau. Um den Posener Maurern „Ehonorar“ beizubringen, wurden 1906 und 1908 recht viel fremde Maurer vermittelt, während man den einheimischen sagte, es sei keine Arbeit vorhanden. Während der Berliner Aussperrung im Jahre 1907 war der Nachweis eine Vermittlungsstelle für Streikbrecher. Fremde Maurer wurden in Posen in Arbeit gebracht und die Posener auf Berlin und seine hohen Löhne verwiesen, allerdings ohne Erfolg. Im allgemeinen wird das Bureau von unsern Kollegen gemieden, schon des dort herrschenden Tones wegen. Es kommen häufig Klagen wegen Hausfriedensbruchs vor, was sich aus der ganzen Nachweispraxis erklärt. Manchmal springt man auch einem Maurer, der vergessen hat, die Weise fortzulegen, an die Kehle, und was dergleichen Erziehungsmethoden mehr sind. Es ist darum kein Wunder, wenn gerade die besten Arbeitskräfte in weitem Bogen um den Nachweis herumgehen. Vom 1. April 1908 bis zum 31. Dezember wurden 637 Stellen durch den Nachweis besetzt; das will nicht viel bezeugen.

Wie der Nachweis in Königsberg gearbeitet hat, dürfte noch in aller Gedächtnis sein. Er wurde im Jahre 1904 von den Unternehmern mit Hilfe des christlichen Verbandes gegründet und hat dann bis vor wenigen Wochen lediglich als Kontrollbehörde gearbeitet, damit unsere Mitglieder nicht auf die Bauten der Mitglieder des Arbeitgeberbundes kamen. Wer um Arbeit nachsuchte, mußte erst das Mitgliedsbuch des christlichen Verbandes vorzeigen; hatte er keins, bekam er keine Arbeit; war er weitgehend schuldig, so mußte er diese erst bezahlen. War ein Bau gesperrt, so wurden nur noch diesem Bau Arbeiter vermittelt; wer sich weigerte, dorthin zu gehen, bekam

überhaupt keine Arbeit. Fünf Jahre lang hat man unsere Mitglieder damit gepeinigt; ab es nun, nachdem dieser Zustand durch den Vertragsabschluß beseitigt ist, dauernd besser wird, muß man erst abwarten.

Alles fließt.

Ein Kapitel zur Entwicklung unsres Verbandes.

Der altgriechische Philosoph Heraklit war es, der den Satz aufstellte, daß außer der Idee „nichts ist“, daß „alles fließt“. Er wollte damit sagen, daß es in der Natur etwas Feststehendes, etwas Bleibendes nicht geben kann, sondern daß sich alles in ewigem Fluß, in steter Veränderung befindet. Tatsächlich sehen wir auch nirgend in der Welt, weder im Kleinen noch im Großen, einen Stillstand, sondern überall Bewegung und Veränderung, ein fortgesetztes Werden und Vergehen. Aus einfachen, niederen Formen heraus haben sich die Dinge entwickelt zu immer höherer Vollkommenheit. Niemals kann und darf es Stillstand geben, denn Stillstand bedeutet Erstarrung, Versteinerung, Tod. Und was für die Natur gilt, das gilt auch für den Menschen, der ja aus ihr hervorgegangen, der nur ein Teil, der höchstorganisierte, der entwickelteste Teil der Natur ist. Der Mensch hat sich emporgerungen aus den Tiefen des Unbewußten, er hat die Natur besiegt und geküßigt und sie vielfach in seine eignen Dienste gestellt. Und die Menschheit wird nicht stillestehen aus ihrem Vordringen, sie wird sich auch ferner emporentwickeln. Freilich, diese Entwicklung geht nur langsam und schrittweise und oft unter recht heftigen Kämpfen vor sich. Diese Kämpfe, bei denen sich das Neue, Werden, gegen das Alte und Ueberlebte wendet, sind die Voraussetzung des Fortschritts. Unter der Anspannung der Kräfte bilden sich neue, höhere Formen, die an die Stelle der alten treten. Keine Ordnung, kein Zustand, kein Gesetz der menschlichen Gesellschaft kann ewig währen, und wären sie auch zu gegebener Zeit noch so zweckentsprechend, noch so ideal gewesen. Die ökonomische Grundlage der Gesellschaft verändert sich und mit ihr die gesellschaftliche Ordnung und das geistige Leben, die ja im Grunde nur der Ausdruck der ersteren sind. Das ist Gesetz und das ist öffentliches Recht, was die jeweils herrschende Klasse in ihrem Interesse und zu ihrem Schutze für Recht erklärt. Und die herrschende Klasse der heutigen Zeit ist in fast allen Ländern der Erde die Kapitalistenklasse, die Klasse, die es verstand, im Laufe der Zeit Grund und Boden, die Betriebsmittel und den größten Teil der neu geschaffenen Werte an sich zu nehmen. Gesetze, von dieser Klasse geschaffen, sind nichts weiter, als der Ausdruck der Macht dieser Klasse. Je mehr die Arbeiterklasse an Macht gewinnt, desto mehr werden Gesetz und Ordnung von ihrem Geiste beeinflusst werden, desto mehr wird an Stelle des Alten auch hier ein neuer Zustand der Dinge treten. Nicht urplötzlich läßt sich das Alte über den Haufen werfen, nein: in zähem, ausdauerndem Ringen, der ökonomischen Entwicklung folgend, wird sich die Arbeiterklasse Position um Position erringen müssen.

Und wie sich die Dinge und Verhältnisse selbst in fortwährendem Fluß, in steter Veränderung befinden, so können auch die Kampfmittel, die die Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung braucht, nicht steif und unwandelbar sein, sondern müssen, wenn sie im Kampfe nicht versagen sollen, den wechselnden Verhältnissen angepaßt werden. Damit ist nicht gesagt, daß man nun fortgesetzt Neuerungen einführen soll. Nein, bei allen Neuerungen ist die größte Vorsicht und das größte Mißtrauen am Platze, und nur dort, wo sie sich aus den Verhältnissen heraus mit Notwendigkeit ergeben, soll man sie verwirklichen.

Diese Grundgedanken gelten auch für das innere Leben und die inneren Einrichtungen einer modernen Gewerkschaft. Auch hier ist das, was zu Vaters Zeiten noch vorzüglich war, heute teilweise überlebt oder veraltet, und das, was heute gut ist, braucht es nicht mehr in künftigen Zeiten zu sein.

Die Gewerkschaften sind entstanden aus der Notwendigkeit heraus als Organisationen des wirtschaftlichen Kampfes. Aus einfachen Formen haben sie sich unter steten Kämpfen mit dem Unternehmertum hinaufentwickelt zu achtunggebietenden Machtfaktoren. Und mit ihrem Wachstum haben sich auch ihre inneren Einrichtungen fortentwickelt, sind an Stelle der alten, überlebten, neuen Formen geschaffen worden. Nicht immer ging dies ohne innere Kämpfe ab, nein, auch hier ist oft genug das Neue unter Kämpfen geboren worden. Es ist eben nicht leicht, das Richtige und Zweckmäßige auf den ersten Blick zu erkennen, und daher die oft fast baneinander abweisenden Ansichten über manche Fragen selbst unter sich sonst ganz nahestehenden Personen. Man kann daran erkennen, wie notwendig es ist, gerade in solchen Fragen stets ganz objektiv zu diskutieren und Erörterungen und Schlagworte streng zu vermeiden.

Daß sich auch in unserm Verbands die inneren Einrichtungen oft gewandelt haben, ist bekannt. Man kann dabei etwa drei Entwicklungsperioden unterscheiden. Die erste begann mit der Verbandsgründung. Es war die Zeit,

wo aus dem nur lose verbundenen Haufen lokaler Organisationen das Gerippe einer modernen Gewerkschaft geformt wurde. Das damals erstrebte Ziel war die Schaffung eines Kraftzentrums, das Mittel dazu die Einschränkung der örtlichen Autonomie.

Die zweite Epoche begann ungefähr mit dem gegenwärtigen Jahrhundert. Die Auffassung über das Gewerkschaftswesen hatte sich stark geändert, der Aufgabekreis der Gewerkschaften sich erweitert. Falsche Vorurteile waren durch Tatsachen erschüttert und die Unterschätzung der gewerkschaftlichen Arbeit begann stetig zu weichen. Der gewerkschaftliche Gedanke erhielt Heimatrecht im Denken der Arbeiterklasse. Zugleich sah man, daß die Erfüllung der vornehmsten gewerkschaftlichen Aufgabe, die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine ganze Reihe anderer Aufgaben in sich schloß. Insbesondere erkannte man, wie richtig es sei, eine größere Stetigkeit in der Zugehörigkeit zur Organisation zu erzielen. So kam man darauf, eine gründliche Durchbildung der Mitglieder anzustreben, sie mit dem Zweck und dem Wesen der Organisation vertraut zu machen. Und schließlich erkannte man auch den Wert der Unterstützungsanstaltungen auf gewerkschaftlicher Grundlage und führte deshalb die Sterbe- und Krankenunterstützung neben den schon bestehenden Unterstützungen ein. Dadurch, daß sie den Gewerkschaftler in den Wechselfällen des Schicksals widerstandsfähiger macht und ihn an die Organisation fesselt, wird die gewerkschaftliche Unterstützung ein wichtiges Stück im Wirtschaftsleben des Arbeiters, das wohl geeignet ist, seine Handlungen zu beeinflussen und eine Stärkung und Vertiefung des Solidaritätsgefühls herbeizuführen.

Und je mehr die damals aufgetauchten Fragen zur Lösung drängten, um so mehr erkannte man auch die Unzulänglichkeit der organisatorischen Ueberlegung. Hatte bis dahin jeder Ort eine Zählstelle — was eine unnütze Verzettlung der Kräfte und somit eine Schwächung der Organisation bedeutete —, so wurden nunmehr die in einem zusammengehörigen Wirtschafts- oder Lohngebiet bestehenden Zählstellen zu Zweigvereinen verschmolzen, wodurch die Durchföhrung von Lohnbewegungen und andern Maßnahmen wesentlich erleichtert wurde. Gleichzeitig wurden an Stelle der bis dahin bestehenden Agitationsbezirke die Gauen geschaffen. An ihre Spitze wurden unabhängige Kollegen gestellt, deren Hauptaufgabe die Agitation unter den Indifferenten, die Führung der Lohnbewegungen und die Aufklärung in den Reihen der Mitglieder war. Verbollständigt wurde die Kräftigung und Schlagfertigkeit der Organisation durch die Stärkung der Verbandsfinanzen durch die Einführung eines Einheitsbeitrages in der Höhe eines Stundenlohnes.

Der Aufschwung, den der Verband unter den Neuerungen der zweiten Periode genommen hat, beweist, daß sich diese Einrichtungen in den Stürmen der Zeit glänzend bewährten. Stieg doch die Mitgliederzahl von 80 869 im Jahre 1901 auf 192 582 im Jahre 1907, und das Vermögen in der gleichen Zeit von M. 1 004 525 auf M. 4 791 098. Und wohl kaum eine andre Gewerkschaft hat in der gleichen Zeit mehr an Arbeitszeitverlängerung und Lohnhöhung für seine Mitglieder errungen, als der deutsche Mauerverband. Dazu kommt die Verbreitung von Bildung in den Reihen der Mitglieder, die, trotzdem der Boden gerade hier zum größten Teil recht steinig ist, doch stete und erfreuliche Fortschritte machte.

Die dritte Periode in der Entwicklung der inneren Einrichtungen unserer Organisation ist die gegenwärtige Zeit, die uns wieder verschiedene Probleme zur Lösung gab. Sie sind hervorgerufen erstens:

Durch die Entwicklung der Arbeitskämpfe, die dahin geht, eine möglichst große Zahl von Arbeitern gleichzeitig in den Kampf zu ziehen, indem die Unternehmer öftliche Differenzen mit Aussperrungen über ganze Provinzen und, wenn möglich, über das ganze Reich zu beantworten suchen. Diese neue Taktik der erstarrten Unternehmerorganisation erforderte auch eine neue Taktik unsererseits, für die zunächst der formale Rechtsboden fehlte. Da die Entscheidung über Krieg und Frieden für die Gesamtorganisation unter Umständen von einem einzigen Orte abhing, so mußte notwendigerweise das Bestimmungsrecht des Einzelortes in dieser Frage zugunsten der Gesamtorganisation eingeschränkt werden. Andererseits mußte für das Handeln der zentralen Verbandsinstanzen, die die Interessen der Gesamtorganisation zu vertreten haben und auf deren Schultern eine ungeheure Verantwortung ruht, eine größere Beweglichkeit und Freiheit geschaffen werden.

Es ist bekannt, daß sich an manchen Orten gegen das Zun der Verbandsanstalten ein Sturm der Entrüstung erhob, obwohl die damals schwebenden Fragen kaum anders, als geschehen, gelöst werden konnten. Es war eben auch hier das Neue, Ungewohnte, gegen das, obwohl es sich aus den Verhältnissen heraus als Notwendigkeit entwickelt hatte, sich die Opposition der Kollegen richtete. Doch wird auch hier, soweit es noch nicht geschehen ist, die Zeit und die weitere Entwicklung der Dinge die Ueberzeugung in unsern Reihen festigen, daß das, was geschehen ist, in den Verhältnissen begründet lag. — Für die nächste Zeit ist die

Frage gelöst worden durch die Tarifresolution des Hannoverischen Verbandes, durch die auch der formale Rechtsboden für weitere Aktionen geschaffen wurde.

Ein zweites Problem wurde hervorgerufen durch die technische Entwicklung des Baugewerbes, die auf den Fortschritten der Betonbauweise beruht. Durch diese neue Bauweise wird Maurerarbeit verdrängt; an Stelle der Maurer bildet sich eine neue Berufsgruppe, die sich aus Angehörigen verschiedener Künste und aus ungelerten Arbeitern zusammensetzt: die Zementierer. An dieser neuen Berufsgruppe sind mehrere Organisationen beteiligt, die alle das gleiche Interesse haben. Auch hier hat unsere Organisation breiten den ersten Schritt zur Lösung des Problems getan, indem der letzte Verbandstag mit 220 gegen 23 Stimmen im Prinzip die Verschmelzung mit dem Verband der Bauhelferarbeit beschlossen, der auf seinem kürzlich abgehaltenen Verbandstag dasselbe tat. Wenn andere Bauarbeiterorganisationen bis jetzt vor diesem Schritt noch zurückzuredeten, so werden auch sie über kurz oder lang von der weiteren Entwicklung des Gewerbes einerseits und von der Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen andererseits zu einem festeren Zusammenhänge aller Bauarbeiterorganisationen gezwungen werden. Der Industrieverband für das Baugewerbe ist hier das Ziel, dem wir alle entgegengehen.

Schließlich ist die weitere Entwicklung des Unternehmertums zu einem nicht minder ersten Problem für unsere Organisation geworden. Ein Teil unserer Mitglieder verlangt die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, die ja in andern großen Verbänden zum Teil bereits seit längerer Zeit eingeführt ist und die sich im allgemeinen gut bewährt hat. Es ist freilich nicht zu leugnen, daß der Einführung dieser Unterstützung in unserm Beruf weit größere Schwierigkeiten entgegenstehen als in den meisten andern Berufen. Wenn aber, was mit der Zeit zu erwarten ist, von einer größeren Anzahl Städte die Einführung des sogenannten Genter Systems der Arbeitslosenunterstützung beschlossen wird, durch das jene Arbeitslosen, die von ihrer Berufstätigkeit Erwerbslosenunterstützung beziehen, aus städtischen oder staatlichen Mitteln Beihilfe gewährt wird, dann ist es doch sehr fraglich, ob wir auf die Dauer die Einführung der Erwerbslosenunterstützung werden ablehnen können. Es kommt hinzu, daß man zu Zeiten der Krise, wo uns erfahrungsgemäß ein größerer Teil der Mitglieder verloren geht, gar viele von ihnen mit dieser Unterstützung an die Organisation zu fesseln vermöchte, der dadurch ihre volle Stabilität und Schlagfertigkeit erhalten bliebe. Auch ist nicht zu verkennen, daß in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit der Mut der Kollegen gehoben würde, wenn sie auch in diesem Falle, wenigstens zeitweilig, in ihrer Organisation eine Stütze fänden. Ob freilich unsere Kollegen der Einführung dieses Unterstützungszweiges auch geistig sein werden, wenn dadurch eine erhebliche Erhöhung der Beiträge notwendig wird, ist eine andre Frage. Zusammen aber wird man sich in Zukunft mit der Lösung auch dieses Problems zu befassen haben.

So tauchen auch in unserer Organisation unter dem Zwange der Verhältnisse fortwährend neue Fragen auf, die im Drange der Zeit nach Form und Gestaltung ringen. Suchen wir sie so zu lösen, daß die Organisation in ihrer jetzigen dritten Periode ähnliche Fortschritte macht wie sie solche in der vergangenen zweiten gemacht hat.

Unternehmer und Arbeiter im Baugewerbe des Ruhrgebietes.

Kampf um Erhaltung aller wirtschaftlichen Vorrechte und Kampf für die Erhöhung der wirtschaftlichen Lebenskraft — das und nichts anderes ist heute der Hauptzweck der Unternehmerorganisationen. Man mag auch seitens der Unternehmer noch so oft behaupten, ihre Organisationen hätten nur den Zweck, die Unternehmer gegen die Übermacht der Arbeiterorganisationen zu schützen, oder mag man sich gar zu der vermessenen Behauptung verheizen, die Unternehmerorganisationen hätten auch den ursprünglichen Zweck, für Schaffung eines dauernden Friedens im Arbeitsverhältnis zu wirken, so sind und bleiben diese Behauptungen doch nichts anderes als eine bewußte Entstellung der Wirklichkeit.

Die einfache Tatsache, daß trotz der offensichtlichsten Unrichtigkeit dieses Gedankens das innerste Krachten jener Organisationen nicht mehr und nicht weniger als die Verdrängung der Arbeiterorganisationen ist, wirkt diese Behauptungen total über den Haufen. Das einzige soziale Verständnis, das von ihnen hin und wieder einmal hergelaufen wird, ändert nichts daran. Und die Entwicklung jener Organisationen beweist auch, daß das Krachten um so mehr in den Vordergrund tritt, je stärker sie sind. Klar kennzeichnet sich diese Tatsache besonders in dem Zerbröckeln des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten. Bei ihm tritt die Bestätigung für den bezeichneten innersten Zweck besonders unbedeutend hervor.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten ist eine der jüngsten betriebsartigen Vereinigungen, und man kann daraus entnehmen, daß es noch nicht lange her sein kann, wo der Unternehmer noch alleiniger Herr auf den Bauten, Festsetzer der Löhne und der Arbeitszeit war und die Arbeiter einfach still das hinnahmen, was ihnen gegeben wurde.

Bis zu den Jahren 1902 und 1903 lag im Industriegebiet die Festsetzung der Löhne usw. mit wenigen Ausnahmen in den Händen der Unternehmer; die Arbeiter standen damals ihren Berufsorganisationen größtenteils gleichgültig gegenüber. Und was herrschte damals für Zustände im Industriegebiet.

Die größte Unruhe und Regellosigkeit herrschte im Arbeitsverhältnis. Hat ein Maurer irgendwo in ein neues Arbeitsverhältnis ein, so konnte er niemals vorher wissen, ob dort eine elf-, zwölf- oder dreizehnhündige Arbeitszeit bestand und was er für einen Stundenlohn erhalten würde. Ueber den ersten Punkt konnte er sich schließlich abends, wenn um 7½ oder um 8 Uhr Feierabend gerufen wurde, klar sein, aber wegen des Lohnes konnte er unter Umständen zwei Wochen und länger zwischen Furcht und Hoffnungen schwelgen. Die Lohnsätze, auf die er Aussicht haben konnte, schwankten zwischen 30 S. und im allergeringsten Falle, 45 S. Persönliche Mäßigkeit war keineswegs entscheidend für die Festsetzung des Lohnes, denn die Mäßigkeit sah der Unternehmer durch eine eigenartige Willkür an, mindestens gehörte zur Mäßigkeit unbedingte Treue und Unterwürfigkeit, unbedingte Anerkennung des Unternehmers als wohlwollenden Brotgeber und vor allem Organisationlosigkeit.

Wer diese Bedingungen erfüllte, konnte ruhig bei der Ausübung des Maurerhandwerks merken lassen, daß er vor einem Vierteljahr noch alles andere Dinge getrieben, bloß nicht gemauert hatte, er galt dann schließlich nicht als außerordentlich tüchtig; aber gut und brav war er mindestens und das war sehr viel wert. Und die Arbeiterkraft des Bauberufs erfüllte größtenteils alle diese Bedingungen. In keiner Gegend Deutschlands gab es zu jener Zeit noch eine so große Anzahl Maurer, deren Ansprüche an das Leben so gering waren, wie hier. Der Unternehmer galt ihnen als der wohlwollende Brotgeber, keiner von ihnen dachte daran, daß der Arbeiter doch eigentlich auch der Brotgeber des Unternehmers sei, und die Organisation betrachteten sie als ein Ding, das schließlich für alle anderen ganz nützlich oder nicht nützlich sein konnte, für sich erachteten sie etwas derartiges für überflüssig, und weil man ihnen im Verband noch Beiträge abverlangte, standen sie denen, die vom Verband reben und dem Verband selbst sogar feindlich gegenüber.

Niemals ist zu jener Zeit bei den Unternehmern das Bedürfnis nach Organisation laut geworden. Sie waren ja im Besitz aller Rechte, kein einzelner ihrer Arbeiter konnte an diesem Zustand etwas ändern, sie hatten ja das Mittel der Entlassung oder brauchten doch nur dem Bestreben einen so niedrigen Lohn auszusagen, daß er von selbst einfiel, daß er ausgedient hatte.

Sollten sie sich etwa organisieren, um die in ihren Kreisen lästige Konkurrenz zu beseitigen und überall gleichmäßige Löhne einzuführen? Oder um so etwas wie eine handwerksmäßige Ausbildung des Nachwuchses zu schaffen? Nein, daran dachte kein Unternehmer. Und wie würden heute die Verhältnisse liegen, wo nicht mehr die rechtliche Arbeitsgelegenheit besteht, wo im Gegenteil stets ein großer Teil der Maurer arbeitslos ist, wenn sich nicht die Arbeiter organisiert hätten? Der einzelne wäre zur Bedeutungslosigkeit, zur Null herabgedrückt worden. Mit größter Schärfe würden die Arbeiter die wirtschaftliche Lebenskraft der Unternehmer fühlen.

Doch die Maurer und die andern Bauberufe organisierten sich. Erst war es der Trieb, die Löhne zu erhalten, sie zu erhöhen, dann das Streben nach geregelter kürzerer Arbeitszeit und heute ist auch die Zahl derer nicht mehr klein, die zu der Erkenntnis gekommen sind, daß auch der Arbeiter einen Anspruch auf Lebensglück, Lebenslust und Lebensfreude hat. Vieles wurde getan, um die Organisationen niederzuhalten, aber sie sind erstarkt. Was konnte der Unternehmer noch mit Entlassungen oder andern Schikanen gegen die Maurer tun, wenn diese einer für alle und alle für einen standen? Nichts; nachgeben mußten sie. Und wie rasch breiteten sich die Organisationen aus! Es war ein gewaltiges Erwachen des Bewußtseins, das in der Vereinigung, in der Einigkeit ruht, und bald folgte dem Erwachen die erfolgreiche Tat. Schon seit Jahren kann jeder Arbeiter des Bauberufs mit Bestimmtheit voraussetzen, welche Arbeitszeit und welchen Lohn er zu beanspruchen hat. Ordnung, Gleichmäßigkeit, ist an Stelle der Unruhe und Regellosigkeit getreten worden, und jeder Menschenfreund, dem nicht bloß sein eigenes Wohl, sondern auch das seiner Mitmenschen am Herzen liegt, wird darüber erfreut sein. Aber dennoch gibt es solche, die es nicht sind. Sie gehören besonders jenen Ständen an, die noch nie notwendig hatten, mit einem so niedrigen Einkommen, wie das der Bauarbeiter, Haus zu halten, die deshalb auch noch nie ermaßen konnten, wie es stets, trotz aller Sparfamkeit, unzureichend ist. Und diesen Leuten stellen sich die Unternehmer an die Spitze. In dem Streben der Arbeiter nach besseren Lebensverhältnissen erblickten sie etwas Ungehöriges; das Verlangen der Arbeiter, bei der Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit mitreden zu wollen, jähren ihnen eine Schmälerung ihrer Rechte als „Brotgeber“. Ihrer Meinung nach mußte der Arbeiter froh sein, wenn sie ihm Arbeit und demnach Brot gaben, und glaubten, er müsse aus Dankbarkeit zu allen Entschlüssen des Unternehmers bereitwillig die stille Zustimmung geben. Wie sehr kommt diese Ansicht zum Ausdruck, wenn heute ein Unternehmer seinem gequälten Herzen Luft macht! Seine größte Qual ist dann, daß er sein alte „gar nichts mehr auf den Bauten zu sagen hat“, daß „die Maurer Herren auf den Bauten sind“ usw. Wie unwohl ist das doch! Ganz besonders jetzt während der Krisis. Wie oft müssen da die Bauarbeiter über so viele Mißstände hinwegsehen, so viele Unannehmlichkeiten hinunterzuschlucken, sich zeitweilig sogar Vertragsbrüche in Gülle und Fülle gefallen lassen, lediglich weil das dem Unternehmer so gefällt! „Der Arbeiter hat überhaupt nicht zu maulen!“ Das ist es, was sie in die Praxis übertragen möchten. Sie im Besitz aller Rechte, im Besitz der erdrückenden wirtschaftlichen Lebenskraft, und die Arbeiter füllen, unterwürfige und fleißig schaffende Sklaven. Es muß es sein und werden nach dem Programm der Unternehmer. Das war auch der Grundgedanke, der die Unternehmer des Baugewerbes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet an die Organisation denken ließ. Wenn irgend jemand an dieser Wahrheit zweifelt, nun, die kurze Entwicklungsgeschichte

des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten“ gibt die Bestätigung hierfür.

Sein Bestehen reicht nur bis zum Jahre 1905 zurück. Noch nicht aller Einzelheiten erlöschend, beschaffte er sich schon mit dem Gedanken, die Organisationen der Maurer, Zimmerer usw. zu vernichten und die „alle, gute Zeit“ wieder einzuführen. Dieser Gedanke hatte zu der Bestimmung im Jahre 1905 geführt. Die Organisationen der Maurer usw. waren jung, aber es herrschte in ihnen eine Kampfesfreudige Begeisterung, und diese Begeisterung ließ die Arbeiter liegen. Die Unternehmer hatten gelernt, daß zu ihrem Vorhaben doch etwas mehr als Phantasiedesulz gehörte. Dann kam das Jahr 1908. Unter dem Eindruck der nahenden Krisis endete der im Jahre 1905 abgeschlossene Vertrag und ein neuer kam zustande. Diesmal hatten die Arbeiter trotz der ihnen viel günstigeren Lage des Arbeitsmarktes nicht den Mut, den Rang von 1905 zu wiederholen, aber heute ist es den Anschein, als hätten sie sich fast genug, dem Strom der Zeit aufzuschaufen.

Unverkümmt lassen sie jetzt laut werden, daß sie ihre ganze Macht aufzubringen werden, um eine Erhöhung des Lohnes zu verhindern, und wenn möglich, eine Herabsetzung der Löhne durchzusetzen. Wiederholt beschloßen sie, dem Verlangen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden nicht stattzugeben.

Man sieht: in ihrem Bunde fühlen sich die Unternehmer heute schon wieder als die alten Befehlshaber. Daß die Arbeiter auch Organisationen haben, darüber möchten sie am liebsten hinwegsehen. Für die Bauarbeiterkraft des Ruhrgebietes ist dies von hoher Bedeutung. Die Absicht der Unternehmer geht auf eine Vergewaltigung der Bauarbeiterkraft, auf die Entziehung jedes Mitbestimmungsrechts, jeder Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis.

Noch ist die Lage der Arbeiter im Bauberuf höchst verbesserungsbedürftig; noch ist die Arbeitszeit, bis 7 Uhr abends, nicht das Maß, mit dem wir uns aufreiben geben können, noch geringer unsere Löhne nicht. Aber die Bauarbeiterkraft hat ja die Mittel in den Händen, um zu verhüten, daß die Unternehmerwünsche in Erfüllung gehen: sie hat ihre Organisationen. Das ist die Waffe, die sie zur Gebrauche hat. Setze sie zu, daß sie stark und stark genug ist, wenn es heißt, sich zu wehren. Noch ist es Zeit dazu, und noch sind lange nicht alle Kräfte erschöpft, nicht alle Kräfte angepannt. Noch gibt es viele Berufskollegen, die die Organisation nur dann für notwendig halten, wenn alle Stränge reißten, viele, die nicht begreifen können, daß nur der Zusammenhänge zu starken Organisationen der Arbeit ihr Recht sichern kann. Noch gibt es auch Kollegen, die aus Kleinmütigkeit Mühsame an der Kraft der Organisation nagen. Erst wenn damit aufgeräumt ist, haben wir die Gewähr, daß die Organisationen mit ruhigem Vertrauen der Dinge harren können, die da kommen. Dann werden wir auch den Unternehmerorganisationen die Ueberzeugung beibringen, daß ihre Kämpfe für wirtschaftliche Vorrechte und für wirtschaftliche Lebenskraft in unserer Zeit bestimmt sind, zu gerstern an der Solidarität der zum Bewußtsein ihrer Menschenrechte erwachten Arbeiterschaft.

Verächtigung.

In dem Artikel „Im Kampfe sollst Du Dein Recht finden!“ in Nr. 19 unseres Blattes befindet sich ein eingangs des dritten Absatzes ein furchtbarer Satzfehler. Statt: „Die Macht hat das Recht, muß es heißen: Die Macht setzt das Recht.“

In dem Artikel „Der Zentralverband der Maurer Deutschlands im Jahre 1908“ ist die Angabe des anlässlich der Frühjahrsagung herausgegebenen Flugblattes mit 8000 angegeben. Damit wären wir nicht weit gekommen; es muß natürlich 800 000 heißen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldbewegung an den Börsen. — Davi-Anteile und Elektrizitätswerte. — Kohlenförderung und Eisenindustrie. — Auf dem Wege zum Montanraub.

Die zunehmende Fülle des Angebotes auf dem Geldmarkt wirkt schon seit Monaten darauf hin, das Preisniveau der mobilen Werte zu erhöhen. Die Geldleisungen sind auf einen relativ niedrigen Stand zurückgegangen, an dem gemessen das Rendement der festverzinslichen wie der Dividendenwerte buchstäblich sich wieder gebessert hat. Aber dieser fast automatische Prozeß der Aufbesserung infolge der Verbilligung des Geldes genügt den Wertentwerten für ihre Geschäfte nicht, sie wollen starke Bewegungen sehen, um größere Gewinne realisieren zu können. Es ist daher sehr erklärlich, daß die Klärung der politischen Lage und die erste Ankündigung einer wirtschaftlichen Erholung sofort zu auffallenden Preistreibern geführt haben, die sich zwar nicht entfernt mit amerikanischen Gausbewegungen messen können, die aber nichtsdessenweniger sich als bolschewistisch schädliche Ueberreibungen charakterisieren. Es sei z. B. nur darauf hingewiesen, daß eine Höherbewertung der Industrieffaktoren unwillkürlich die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften in einer dem Arbeitsmarkt nachteiligen Weise beeinflussen muß, namentlich wenn die Kursteigerung in einer Periode erfolgt, in der der Geldwert des Produktionsertrages aus dem verschärftesten Grinde nach nicht zu steigen vermag. Auch für das Anlage lügende Publikum der Kapitalisten kann eine Uebertriebung in der Bewertung der Effekten recht bedauerlich werden. Aus diesem letztgenannten Grunde vor allem wird in der Presse die Gaus der letzten Zeit ziemlich abfällig beurteilt. Das Gausstreben war aber allem bei Werten der Elektrizitätsindustrie, in Davi-Anteilen und auf dem Montanmarkt deutlich zu verfolgen. In Davi-Anteilen sind die Kursteilerer schon seit längerer Zeit mehr oder weniger stark hervorgeritten. Neuerdings bemerkt man die Verhandlungen zwischen dem Kolonialamt und der Davi-Gesellschaft wegen der Verstaatlichung der Davi-Eisenbahn dazu, das Interesse der mittleren und kleineren Kapitalbesitzer zum Kaufe von Davi-Anteilen anzuregen. Durch die Zeitungen gehen vorzüglich abgefaßte Notizen über den günstigen Stand der

Politische Umschau.

Die Finanzreformkrisis und was damit zusammenhängt. — Kanzlerkrisis oder Reichstagsauflösung? — Rein Geld für die Besserstellung der unteren Beamten. — Aus dem Plenum des Reichstages: Die „soziale Fürsorge“ des Unternehmens; Erledigung von Gesekentwürfen; „Mittelstandspolitik“. — Mandatskassierung im preussischen Abgeordnetenhause. — Ehrliche Wahlen. — Der soziale Konflikt in Frankreich. — Die Lage in der Türkei.

Die Finanzreformkrisis hält an. Eine nennenswerte Änderung der Situation hat sich im Verlaufe der Berichtswocde nicht ergeben. Zwar ist der Steuerkommission des Reichstages, gelungen, die Beamteneinkommenverordnungen in erster Lesung zu erledigen. Aber damit ist noch nichts gewonnen. Die Abstimmung ist bis zur zweiten Lesung verschoben. Auch das Schicksal dieser Vorlage ist also noch ungewiß. Wird sie so, wie sie jetzt gehalten ist, angenommen, so bringt sie eine erhebliche Steigerung der Zollsätze für Brennereien aller Art.

Nach wie vor weisen die Konfessionen die Nachsteuererhöhung zurück. Das Junkertum ist aber unheimlich steifnackig; es will sich der Regierung nicht fügen. Und Fürst-Bülow vertraut sich nicht, sich mit ihnen in einen größeren Kampf einzulassen. Es sind ja die sichersten Stützen von Thron, Altar und Ordnung, die ihm in dieser Frage opponieren. Die Modliberalen wünschen zwar, er möge es auf eine „Kraftprobe“ mit ihnen antommen lassen und selbst eine Reichstagsauflösung riskieren. Aber damit könnte die Regierung gewiß nichts gewinnen; das Resultat dieser Maßregel würde doch nur sein, daß die für eine gerechte Steuerreform eintretende äußerste Linke eine erhebliche Stärkung erfährt. Das würde aber der Regierung, die 400 Millionen Mark neuer indirekter Steuern verlangt, gar nicht in den Kram passen. Im „Tag“ erklärt der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt unumwunden, es könne schon deshalb die Auflösung des Reichstages „nicht in Frage kommen“, weil die Sozialdemokraten zu mindestens vier Dutzend Mandate zurückgewinnen und vielleicht zu 100 Mann im Reichstage erscheinen würden. Der Mann trifft das Richtige. Und mit der Wlospolitik würde es dann natürlich vollends ein Ende haben. In Wirklichkeit kann schon jetzt nicht mehr davon die Rede sein, daß der Wlo noch existiert.

Die parlamentarischen Kreise haben in den Kreis ihrer Erwägungen in der letzten Zeit auch die Möglichkeit gezogen, daß Fürst-Bülow das Reichstagsamt niederlegt, damit ein anderer Mann berische, die für ihn unläßbar gebliebene Aufgabe zu erfüllen. Diese Möglichkeit besteht allerdings; aber bis jetzt scheint es nicht so, als ob Fürst-Bülow geneigt sei, sich zu diesem Schritt zu entschließen. Nach offiziellen Versicherungen hofft er immer noch, das „große Werk“ zustande bringen zu können. Uebrigens darf man überzeugt sein, daß auch ein Kanzlerwechsel durchaus nicht zu einer Förderung der Reichsfinanzreform führen wird, so lange dieser Reichstag, in demen die Vertreter einer gerechten und berrnünftigen Steuerpolitik in der Minderheit sind, besteht. Immerhin aber tut man gut, sich auf alle Eventualitäten gefaßt zu machen, auch auf eine Reichstagsauflösung, wie wir uns auf dem Gebiete der inneren Politik ja denn überhaupt in einem Stadium der unbegrenzten Möglichkeiten befinden. Schließlich muß der Fuchs doch aus einem Loch heraus!

In Zusammenhang mit der Finanzreformkrisis hat sich noch ein Konflikt eingestellt. Die Budgetkommission des Reichstages beriet die Befolungsordnung und beschloß einstimmig u. a. die Aufbesserung des Gehalts einer Reihe von Unterbeamtenkategorien. Da gab dann der Finanzgouverneur Herr Sydow rund und nett die Erklärung ab, darauf könne sich die Regierung nicht einlassen, denn es sei „kein Geld vorhanden“. Die Mehrausgaben würden 20 1/2 Millionen Mark betragen. „Woher das Geld nehmen?“ So fragt die Regierung nicht, wenn es sich um andre Ausgaben handelt. Im Plenum des Reichstages wird sich der Konflikt weiter abspielen.

Das obige Haus hat in der verfloßenen Woche aus der bösen Finanzreformkrisis abermals das profitiert, daß es seine Plenaritzungen auf drei reduzierte, um der Finanzkommission Zeit zum „gründlichen Arbeiten“ zu gewähren. Das Plenum brachte zunächst die Besprechung der Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend die gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Pensions-, Witwen- und Waisenrenten, die von Unternehmern für ihre Arbeiter errichtet sind, zu Ende. Der konservative Abgeordnete Dr. Arendt trat als Verteidiger der Unternehmer auf, indem er mit den elenden verbrauchten Redensarten über die „Beruhigungsagitation“ der Sozialdemokraten um sich warf und die „soziale Fürsorge“ der Firma Krupp rühmte.

Auch der Abgeordnete Behrend von der Wirtschaftlichen Vereinigung bekundete hohe Befriedigung, sogar „Be-

geisterung“ für diese „Fürsorge“, mußte aber doch zugeben, daß die gesetzliche Regelung derselben notwendig ist.

Von der sozialdemokratischen Fraktion vertrat noch zwei Redner, die Abgeordneten Hengsbach und Hueschär, und treffend die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dem „fürsorglichen“ Unternehmertum.

Das Haus vollzog dann die erste Lesung des Gesetzesentwurfs der Gestalt des Reichs für den durch Reichsbeamte in Ausübung von Amtsbesugnissen verursachten Schaden. Die Tendenz dieses Entwurfs entspricht einer Forderung, die die sozialdemokratischen Vertreter schon bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches und bei andern Gelegenheiten energisch vertreten haben und zwar rücksichtslich aller Beamten im Reichs-, Staats- und Gemeinbedienst. Dafür trat auch jetzt wieder der Abgeordnete Stadthagen ein. Der Entwurf ging an die Justizkommission.

Die dritte Beratung der Zivilprozessordnung wurde nach kurzer Debatte erledigt und debattelos wurde in dritter Beratung der Gesetzesentwurf, betreffend die Sicherung der Bauforderungen angenommen. Es folgte schließlich die Beratung eines Antrags desentrumsabgeordneten Speck, der ein Stück „Mittelstandspolitik“ umfaßt. Er verlangt zum Schutz der kleinen und mittleren Mühlen unabhängig von der einzelstaatlichen Besteuerung eine Reichssteuer, die die fähliche Vermahlungsmenge mit einer steigenden Abgabe belegt. Die Debatte wurde nicht zu Ende geführt. Das Haus vertagte sich bis Mittwoch, den 12. Mai. Inzwischen soll die Finanzkommission ihr Werk fördern.

Die Wahlforschungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat, wie wir nicht anders erwartet haben, dem Plenum empfohlen, die vier beanstandeten, zurzeit von den Sozialdemokraten Vörgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann ausgeübten Berliner Mandatsmandate für ungültig zu erklären. Das bekannte Argument, es sei von den Sozialdemokraten „Wahlterrorismus“ geübt worden, ist der denkbar ärgste Humbug, eine freche Lüge, die auf den im Wahlkampfe besiegten „Freisinn“ zurückzuführen ist. In Wahrheit handelt es sich um einen ganz erheblichen Gewaltakt; es wird parlamentarischer Terrorismus geübt gegen die Sozialdemokratie! Eine Beweisführung hat die Mehrheit der Kommission abgelehnt! Es steht zu erwarten, daß die Mehrheit des Plenums dem Kommissionsvorschlag zustimmt. Die Wählerchaft wird dann bei den Neuwahlen auf diesen Gewaltfrech die richtige Antwort geben!

Da wir gerade beim Terrorismus sind, so sei bemerkt, daß im Reichsamt des Innern jetzt neue Wahlen unternommen, „Ehrlichkeit“ erprobt werden. Es handelt sich darum, eine Wahlurne zu finden, die das Schicksal der Umschläge mit den Stimmzetteln verhindert, damit eine Nachkontrolle der Stimmzettel unmöglich gemacht wird. Es wären etwas mehr als 60 000 Wahlurnen erforderlich; die einen Kostenaufwand von rund einer halben Million Mark verursachen würden.

Auf diese Weise würde eine böse Art Wahlterrorismus, der gegen Sozialdemokraten und sonstige „unbeliebige“ Parteien Anwendung findet, verhütet werden können. Aber das ist gar nicht nach dem Sinne der „Deutschen Tageszeitung“, des Organs des Bundes der Landwirte. Denn vornehmlich die Agrarier und Konservativen üben diesen Wahlterrorismus auf dem flachen Lande in rücksichtsloser Weise. Das Blatt jammert:

„Die Anschaffung derartiger Wahlurnen würde unjenseitig Erachtens eine nicht zu unterschätzende Verschwendung sein.“

Natürlich ist es „unverantwortlich“, Ausgaben für die Sicherung des Wahlgeheimnisses zu machen. Da zeigt sich so recht drastisch wieder das agrarisch-konservative Demagogentum, das einen Wahlkampf mit unständigen und guttastigen Mitteln scheut!

Von den politischen Fragen und Ereignissen im Auslande interessiert uns heute vornehmlich die abermalige Zuspitzung und Verschärfung der Differenzen zwischen der französischen Regierung und der Organisation der Postbeamten. Die Regierung hat diese Beamten und die weitesten Kreise der andern organisierten Arbeiter auf neue durch Verfügungen sehr erbittert. Es sind von diesen Verfügungen zahlreiche Post- und Telegraphenangestellte betroffen worden. Der Verband der Post- und Telegraphen- und Telephonbeamten hat eine Erklärung ausgeben lassen, die darzut, daß die Regierung den Beamten gegenüber das zur Zeit des ersten Ausstandes gegebene Versprechen nicht gehalten hat. Sie seien entschlossen, ihr Recht und ihre Freiheit zu verteidigen. Die Öffentlichkeit sollte entscheiden, auf welcher Seite das Recht sei.

Nach Aeußerungen bürgerlicher Wähler teilt auch das Bürgertum die Ueberzeugung, daß die Regierung ein Spiel mit Worten getrieben hat und moralisch geworden ist. Der Allgemeine Arbeiterverband hat den Angefallenen die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft zugesagt. Die

Verhandlungen, worauf die Börse sofort mit einer Kurssteigerung einsetzt, die die kleinen Tagespieler nach Möglichkeit für ihre Zwecke ausnützen. Die Handelspreise verzeichnen nimmehr in ihren Wertenberichten die lebhaften Umsätze zu steigenden Kursen in dem betreffenden Papier, wodurch das Probingpublikum auf den Vorgang aufmerksam gemacht wird. Am nächsten Tage laufen dann mehr oder minder zahlreiche Kaufaufträge für das betreffende Papier ein, die Kurssteigerung nach aufwärts nimmt ihren Fortgang, und dauert fort, solange das Publikum launisch bleibt. Durch geschickte Ausbildung der Kunst, die Handelspreise zu informieren, sorgen die hinter den Kulissen stehenden Regisseure der Aktion für die nötige Animerung des Publikums. Hat das Publikum die betreffenden Werte aufgenommen, so haben die Besitzer der Werte vor der Kurssteigerung längst ihren Gewinn gemacht und an der Aufrechterhaltung des inzwischen gestiegenen Kurses kein Interesse mehr. Ihetwegen kann nun das umgekehrte Spiel beginnen, bei dem sie oder andre die Möglichkeit haben, wieder Gewinne zu machen. Bei den Umsätzen in Dabimerten haben die ursprünglichen Besitzer der Werte dieses Jahr schon recht hübsch verdient, wie dies aus einzelnen Beispielen, die man zufällig erfahren kann, deutlich hervorgeht.

Auch für Elektrizitätswerte ist in der jüngsten Zeit an der Börse mit Erfolg Stimmung gemacht worden. Da unsre gesamte wirtschaftliche Berichterstattung in allererster Linie auf den Informationen der Interessenten beruht, so ist es diesen ja überaus leicht, durch scheinbar recht harmlose Berichte die Stimmung anzuregen. Da war es nun bemerkenswert, wie plötzlich Artikel durch die Presse gingen, die auf diese erfreulichen Umsätze der Elektrizitätsindustrie hinwiesen, und diese sogar mit der Elektrifizierung der Wollbahnen begründeten. Ueber die gegenwärtige Lage der Elektrizitätsindustrie wurde gar nicht gesprochen. Die Artikel taten prompt ihre Wirkung: die Kurse der Elektrizitätswerte stiegen infolge des Interesses, das plötzlich das laufende Publikum beudetete; sie stiegen so sehr, daß eine der großen Elektrizitätsgesellschaften sich sogar zu der Erklärung veranlaßt fand, ihr seien diese Kurssteigerungen unbegründet.

Freilich noch verwunderlicher als die bisher erwähnten Kursstrebereien waren und sind die Vorgänge auf dem Montanaktienmarkt, wo gleichfalls sich ein Hausstreben bemerkbar machte, als ob die schwierige Lage des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie schon wieder überwunden wäre. Das ist aber keineswegs der Fall. Im Kohlenbergbau stehen wir noch immer mitten in der Periode der Depression. Daran wird auch durch den Hinweis auf die Gestaltung der Kohlenförderung nichts geändert. Es wird nämlich darauf verwiesen, daß die Kohlenförderung noch fortgesetzt höher sei als vor Jahresfrist, daß also die Marktfrage keineswegs so ungünstig sein könne, wie sie geschildert werde. Vielleicht liegt aber gerade darin, daß eine Herabminderung der Kohlenförderung unter das Niveau des Vorjahres nicht möglich war, ein ungünstiges Symptom für die Beurteilung der Lage des Kohlenmarktes. Es haben sich zweifellos infolge dieser Gestaltung der Förderung Vorräte bei den Zechen und im Handel angesammelt, die den Markt noch auf längere Zeit hinaus belasten werden, selbst wenn die Nachfrage im laufenden Jahre sich wieder zu heben beginnt. Aus der Eisenindustrie lauten die neuesten Berichte aber noch wie vor noch recht unbefriedigend. Der Bericht der „Abein.“ vom 1. Zeitung“ über den Monat April ist noch ganz pessimistisch gefärbt. Wir sind der Ansicht, daß der erwähnte Bericht die Symptome der Erholung ganz und gar übersehen. Aber darauf kommt es hier nicht an. Trotz der ungünstigen Beurteilung der Lage der Montanindustrie entwickelte sich auf dem Markte der Montanwerte eine ausgesprochene Hausse. Und ihr Grund?

Seidern die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft ihr Erweiterungsprogramm bekannt gegeben hat, kann man mit Gewißheit darauf rechnen, daß die anderen Kombinationsbetriebe der Montanindustrie dem Beispiel der Gelsenkirchener Gesellschaft folgen werden. Erweiterung bedeutet aber nichts anderes als Fusion mit resp. Ankauf von andern Werken. Da tauchen gleich eine Reihe Projekte und Kombinationen auf, von denen man nicht weiß, ob irgend etwas Wahres daran ist, die man aber immerhin für möglich hält. Um bei den möglichen Transaktionen aber auch verdienen, d. h. einen Kursgewinn machen zu können, werden die Werte der bei den Projekten in Frage kommenden Gesellschaften fleißig gekauft, um so fleißiger, je mehr bei diesen Käufen die Kurse der einzelnen Papiere steigen. Schon längst drängt die Entwicklung unrer Montanindustrie zu einer trutzartigen Organisation, zu dem wenige mächtige Kongerne zusammenzutreten werden. Zurzeit sind die Beteiligten daran, diese Kongerne zu bilden und jeder einzelne dieser Kongerne sucht seinen Rivalen mit möglichst gleicher wirtschaftlicher und finanzieller Kraft gegenüberzutreten; keiner will und darf dem andern einen Vorsprung lassen. Macht Gelsenkirchener zu einer abermaligen inneren Stärkung den ersten Schritt, so müssen die andern auf diesem Wege mit, wollen sie sich nicht von einem übermächtigen Gebilde später die Gesehe diktieren lassen, unter denen der Krust zustande kommt. Daß das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat und der Stahlwertverband, von denen das erstere 1915, der letztere schon 1912 abläuft, nicht mehr in der heutigen Form und Verfassung verlängert werden, das ist heute schon sicher. Das Kohlenyndikat muß an der Hüttengegenfrage scheitern, der Stahlwertverband ist aber bis heute ein halb fertiges Gebilde geblieben, als welches es nicht mehr erneuert werden kann. Daß auf der Stufe der heutigen Kartellierung eine höhere folgen muß, dazu zwingt schon die Rücksicht auf die internationale Konkurrenz. Diese höhere Stufe ist aber eine trutzartige Organisation, die sich aus der Bildung der wenigen großen Kongerne ganz von selbst ergibt. So wahrhaftig diese Entwicklung nun auch ist, so sind doch die Kursstrebereien auf dem Montanaktienmarkt im Hinblick auf die Erweiterung der Montankongerne nichts weniger als volkswirtschaftlich nützlich. Sie tragen vielmehr nur dazu bei, die Bildung der angestrebten Organisation erheblich zu verteuern, was vor allem vom Standpunkte einer fortschrittlichen Arbeitsmarktpolitik zu bedauern ist.

Berlin, 2. Mai 1909. Richard Calwer.

Angestellten haben bereits in Versammlungen die Möglich- keit eines Generalstreiks erwoogen. Die Eisenbahnarbeiter sind in derselben Richtung tätig, und Pataud, der Führer der Pariser Elektrizitätsarbeiter, hat bereits ange- kündigt, daß Paris, wenn es ohne Post und Telegraphen sein, auch gleichzeitig ohne Licht sein werde.

Wichtig dieser schwere soziale Konflikt aus, so trägt allein die Regierung dafür die Verantwortung.

In der Türkei vollzieht das siegreiche Jungtürken- tum ein grausames Strafgericht an den Auf- rührern. Fast täglich haben in Konstantinopel öffent- liche Hinrichtungen stattgefunden. Daß der entthronte Sultan die Rebellion gegen die Verfassung angezettelt hat, steht nunmehr außer allem Zweifel. Doch scheinen die Kadethaber aus Gründen der politischen Klugheit davon abgesehen, ihn hingerichten, obwohl eine starke Strömung in der öffentlichen Meinung das verlangt. Es ist ein neues Kabinett gebildet worden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen be- richtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Streik der Betonarbeiter und Sperre über die Schornsteinbaufirma Diedrich);

Schleswig-Holstein:

Pinneberg (partieller Streik);

Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holdorf), **Lüthsen** (Sperre über das Kaliwerk), **Dargun** (Streik);

Brandenburg:

Bad Schönfließ (Aussperrung), **Lehnh-Cammern-Gross-Kreuz** (Abwehrstreiks);

Pommern:

Pyritz, Regenwalde, Richtenberg-Franzburg (Streiks), **Wolgast, Neustettin** (Aussperrungen), **Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke), **Rügenwalde** (Schirmer und Leichter, Sperre), **Grelshagen** (partieller Streik), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Bijnz);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Pillkallen (Streik), **Kakel** (Aussperrung), **Gambinnen** (Sperre über Matschulat), **Königsberg** (Sperre über Harbach), **Konitz, Vandsburg, Marienwerder** (Differenzen);

König. Sachsen:

Leipzig (es herrscht sind: Marien & Kunze, Bahnhofs- bauten, Mülsen (Sperre) über E. Meier, Ortmanns- dorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklaus), **Franken- berg** (Sperre über Winkler), **Schwenditz** (Sperre über Reiwand in Cursdorf), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), **Kamenz, Freiberg, Pegan, Meerane** (Streiks), **Neustadt** (Sperre über Baumeister Anton), **Nossen** (Sperre über Marbitz in Dittmannsdorf);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lanchstädt), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf), **Aken** (Sperre über Karl Karthäuser), **Lettin** (Sperre über Friedrich Bönicke), **Brachwitz** (Sperre über Wilhelm Mennicke), **Dessau** (Abwehrstreik), **Coswig, Halberstadt, Wettin a. d. Saale** (Streiks), **Zeitz** (Differenzen);

Schlesien:

Penzig (Sperre über den Neubau in der Putzlerschen Glashütte), **Bunzlau** (Sperre über die Ton- und Ziegelfabrik von Hoffmann & Co.), **Prießau** (Streik), **Märzdorf** (Sperre über Schneider in Peiskerau und Scheundel in Griebelwitz);

Thüringen:

Gronzburg b. Eisenach (Streik), **Saalfeld a. d. S.** (Differenzen wegen Nichtinnehaltung des Ver- trages), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lehrte, Müden, Walsrode Nonhaus a. d. Elbe (Streiks), **Sulingen** (partieller Streik), **Hannover** (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Brom- berg), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerkes), **Schneverdingen** (Streik), **Laudrakis Linden** (Aussperrung), **Vechta** (Diffe- renzen);

Lippe-Deimold:

Lemgo (Streik).

Westfalen und Rheinland:

Beurath, Gerresheim (Streiks), **Oeynhausn** (Sperre über das Eisenwerk „Weserhütte“), **Haspe** (Sperre über das Eisen- und Stahlwerk), **Minden** (Sperre über Alkman in Oberkirchen), **Stiegen** (Sperre über den Bau der Irrenanstalt in Herborn), **Gütersloh** (Aussperrung), **Kaisers- worth** (Differenzen), **Rheinhausen** (Differenzen auf dem Kruppischen Werk);

Hessen-Waldeck:

Büttelborn, Ems (Streiks), **Bad Soden** (Sperre über den Unternehmer Christian);

Bayern:

Heilsbrunn (Streik);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik);

Fliesenleger:

Strassburg i. Els. (Streik), **Mülheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbruck & Mathies), **Cöln und Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **München** (Aussperrung);

Isolierer und Steinholzer:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), **Cöln** (Sperre über die Korkelthwerke), **Chemnitz** (Sperre über Ziegner & Fritsche), **Hamburg** (Aussperrung), **Berlin** (Sperre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

Oesterreich:

Asch (Streik).

Schweiz:

Zürich (Streik der Fliesenleger).

Maurer werden gesucht vom Maurermeister Werner in Stendal. Der Lohn beträgt 46 A.

Gau Bremen.

Der Streik in **Sulingen** ist aufgehoben, nachdem der Unternehmer G. Reymann, der fast alle Arbeiter ausführt, die Forderungen zum Teil bewilligt hat und ein Vertrags- verhältnis mit seinen Kollegen eingegangen ist. Der Stundenlohn ist um 4 A erhöht worden. Alle Streikenden sind in Arbeit. Neben der Lohnerhöhung sind auch andre wesentliche Verbesserungen mit dem Vertragsverhältnis in Kraft getreten, so daß unsere Kollegen mit dem Erfolg völlig zufriedengefüßt sind. Die übrigen Unternehmer werden, wenn sie Arbeit bekommen, gleichfalls gezwungen sein, zu bewilligen, weil für 36 A Maurer nicht zu haben sind. Vorläufig ist über die fünf Unternehmer die Sperre ver- hängt.

In **Nordenham** sind 47 Kollegen wegen der Maifeier ausgeperrt bis zum 10. Mai. Dabei juchte die Unter- nehmer durch die Arbeitsnachweise in Bremerhaven und Nordenham ganze Trupps Maurer nach Nordenham. Der Oberbauführer Adena spielt dabei die erste Geige, der Mann ist durch das Vertragsverhältnis schon ganz nervös geworden; um die Bestimmungen des Vertrags kümmert er sich sehr wenig. Unsere Kollegen haben wiederholt darauf gedrängt, eine Schlichtungskommission zu ernennen, um dann die Geschäftsbildung beraten zu können, aber das läßt Herr Adena fast. Von den Mauern verlangt er aber, daß sie den Vertrag auf das peinlichste innehalten. Als Adena neulich auf Drängen unserer Verwaltung eine Sitzung einberufen mußte, um Mißstände zu beseitigen, sind die Unternehmer in der unflätigen Art und Weise über unsere Kollegen hergefallen, so daß diese sich das Gehörn erst ganz energisch verbitten mußten. Als unsere Kollegen hierbei erklärten, wenn die Unternehmer nicht besser die Sätze des Vertrages beachten würden, sie sich schließlich an eine weitere Instanz wenden müßten, meinte Adena, der Bun- desvorstand in Berlin hätte nichts in ihre Angelegenheit hineinzubringen. Wir werden ihm aber noch begreiflich machen, was ein Vertragsverhältnis ist. Besonders scheint er zu haben. Durch das Maßregelungsbureau wird die Be- stimmung dieses Paragraphen völlig unjuristisch gemacht. Auch die **Emdeiner** Unternehmer sind von demselben Geiste befeelt, auch dort werden wir noch manchen Strauß zu pflügen haben. Bei den nächsten großen Vertragsver- handlungen werden wir alle diese Dinge einer eingehenden Aussprache unterziehen müssen.

Gau Breslau.

Im Vertragsgebiet des Zweigvereins **Oppeln** machte sich die Verhängung der Wauperre über die Bauten des Unternehmers Smolin notwendig, da er es nicht ge- wohnt zu sein scheint, sich nach bestehenden Verträgen zu richten. Wenn er aber glaubte, hier ebenso wie an seinem Grundbesitz mit seinem Diktat durchkommen zu können (der Herr ist aus dem obersteichischen Industrie- gebiet), so sah er sich bitter getäuscht. Der Mann glaubte den sowieso schon niedrigen Lohn von 34 A nicht zahlen zu brauchen; aber obwohl er Streikbrecher 40 A bot, be- kam er doch keine. Nach acht Tagen mußte er unsere Forderungen voll anerkennen und den Tarif unterschrei- ben. Bemerkenswert ist die Haltung des bauleitenden föhnligen Bauführers gewesen; es wird sich gewiß bald Gelegenheit bieten, mit dem Herrn einmal abzurechnen, wenn er seine bisherige Haltung uns gegenüber nicht aufgibt.

In dem bisherigen **Oplauer** Vertragsgebiet ist der Vertrag abgelaufen, die Unternehmer zahlen aber still- schweigend den bisherigen Lohn weiter, bis auf die Unter- nehmer **Roher** und **Schulz**, **Schneider**, **Groß- Reiskerau** und **Odenhede**. **Weselberg**, **Lehter** ist ein alter Bekannter von uns. Die Zweigvereine **Oplau** und **Märzdorf** haben nun Scheundel und Schneider gesperrt (Schneider hat einige ganzig Bauten auszuführen) und werden nicht eher nachlassen, bis sich beide zur Zahlung des ortsbildigen Lohnes schriftlich verpflichtet haben. In den letzten Tagen ist auch der Unternehmer **Wirsing** aus **Findel** hinzugekommen, er zahlt eben- falls weniger, von seinen 18 Gesellen haben 15 aufgehört und die drei übrigen werden wir auch noch bekommen.

Den Kollegen des Zweigvereins **Beistert** ist gelang es vor fünf Wochen, mit ihren Unternehmern einen neuen zwei Jahre gültigen Tarif mit 2 A Lohnerhöhung und son- stigen Verbesserungen abzuschließen. Aber auch in diesem Gebiet gibt es einige Unternehmer, die nicht zahlen wollen, sie sind deshalb ebenfalls gesperrt worden. Auch hier wird die Sperre auf das strengste bis zum vollen Erfolg durch- geführt werden.

Im Zweigverein **Stfa i. B.** existiert kein Ver- trag; der **Wahl** eines solchen scheiterte bisher an der ganz besonderen Hartnäckigkeit der Unternehmer.

Die Kollegen sind jetzt ernstlich gewillt, sich einen solchen zu erkämpfen, da der bisher hier gezahlte Lohn vollständig unzureichend ist. Wir sind neugierig, wie sich diese Herren bei etwaigen Verhandlungen zur Zulassung des Gaur- standes stellen werden, bisher haben sie dessen Mitwirkung konsequent abgelehnt. Für diesen rückfälligen Stand- punkt mußte befehlsmäßig ihr Vertreter, Baumeister Müller, bei den vorjährigen zentralen Verhandlungen einige heftige Wahrheiten einfließen; bei dieser Gelegenheit versprach er, für die Zulassung Sorge zu tragen.

Gau Danzig.

In **Pillkallen**, Zweigverein **Königsberg**, so teilt man uns telegraphisch mit, sind die Kollegen am 10. Mai in den Streik eingetreten.

Gau Dresden.

Im Gebiet **Birna, Schandau und Königsberg** ist einstuweilen Frieden geschlossen. Unter dem Vorstz des Herrn Baumeister Geuer aus Berlin und in Gegenwart der Hauptvorstände der Arbeiterorganisationen ist in Birna folgender Vergleich zustande gekommen. Wo bereits die Lohn- erhöhung von 3 A zustande ist, bleibt es dabei; wo noch nichts zustande war, aber die Arbeiter im Streik stehen, werden sofort 2 A zugelegt und am 1. Juni tritt die Lohn- zulage von 3 A im ganzen Gebiet in Kraft, wie es der Schiedspruch vom 1. Juli 1908 in Berlin vorlag.

In **Müßeln** und **Birna** wollten unsere Kollegen nun höhere Forderungen stellen, da aber der Streik nur von kurzer Dauer gewesen ist, war die Majorität doch für Auf- nahme der Arbeit.

In **Rosfen** und **Neustadt** dauert der Streik resp. die Wauperre fort.

In **Freiberg** haben unsere Kollegen fast einmütig die Arbeit niedergelegt, um höheren Lohn durchzusetzen.

In **Kamenz**, Zweigverein **Bautzen**, sind die Kollegen am 6. Mai in den Streik eingetreten. Die Maurer hatten bereits im Januar in einer Gesellenversammlung der Zustimmung beschlossen, die zehnstündige Arbeitszeit an Stelle der elfstündigen zu fordern und hatten dies den Unter- nehmern unterbreitet. Auch in den letzten Tagen wieder ist den Unternehmern die Forderung auf zehnstündige Ar- beitszeit und Lohnerhöhung von 36 auf 40 A pro Stunde ausgestellt und zugleich nach Antwort bis zum 5. Mai an die Lohnkommission erbeten worden, doch hatte nur einer der Herren, und dieser ablehnend, geantwortet. Die Maurer beschlossen darauf in einer sehr gut besuchten Versammlung mit 86 Stimmen gegen eine Stimme den Streik. Von den im ganzen Gebiet in Betracht kommenden 130 Mauern haben 114 die Arbeit eingestellt, 105 davon haben sich zur Kontrolle gemeldet. War auch die Organisation bisher noch schwach und ist auch in diesem Bezirk noch keine Arbeits- einstellung der Maurer dagewesen, so ist es doch diesmal gelungen, die Einmütigkeit der Kollegen herbeizuführen. Der Geist der Streikenden läßt hoffen, daß wir den vollen Sieg erzielen werden. Es sind auch dadurch nahezu alle Kollegen der Organisation zugeführt, die wir wohl nach dieser Feuer- probe zu dauernden Mitgliedern rechnen können.

Gau Hamburg.

Zur Lohnbewegung in **Hamburg** wird uns von der Zweigvereinsleitung geschrieben, daß am 4. Mai eine nachmalige Unterhandlung mit dem Bund der Maurer- und Zimmerer- meister stattgefunden hat, die aber ohne Ergebnis geblieben ist. Auf- fallend war, daß die Herren ganz anders mit sich reden ließen als in der vorbereitenden Sitzung und sogar einer Arbeitszeit- verkürzung das Wort redeten, wenigstens erklärten sie in der logenannten großen Vereinigung hierfür eintraten zu wollen. Die Konjunktur ist außerst günstig und es find alle Angelegen- vorhanden, daß sie andauernd sein wird. Eine am 6. Mai stattgefundene Mitgliederversammlung beschloß einstimmig, an den Vierhändeln folgenden Schreiben gelangen zu lassen:

Zu Verfolg unserer mündlichen Verhandlungen und der Jhreits wiederholt an uns ergangenen Aufforderung, die Wünsche der baugewerblichen Arbeiterschaft (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter) in bezug auf das Lohn- und Arbeits- verhältnis vorzutragen, bringen wir Ihnen heute folgendes zur Kenntnis:

Die baugewerbliche Arbeiterschaft Hamburgs hat das bringende Verlangen, daß alsbald eine Verkürzung der Arbeits- zeit unter neun Stunden durchgeführt wird.

Mit unsern Aufträgen haben wir es für durchaus wünschenswert und durchführbar, daß die tägliche Arbeitszeit auf achtstündigen Stunden neben einer Lohnverhöhung festgelegt wird. Die zweckmäßigste Einteilung der Arbeitszeit wäre noch zu vereinbaren.

Zur Begründung dieser sowie der übrigen Wünsche, welche wir noch zur Regelung der Lohn- und Arbeits- bedingungen haben, dürfte sich eine mündliche Aussprache am besten eignen.

Falls sich über die Hauptfragen eine Einigung erzielen läßt, sind wir gern bereit, in anderen Punkten das weiteste Entgegenkommen zu zeigen.

Wir halten es aber noch wie vor für notwendig, daß alle Vereinbarungen auch tariflich festgelegt werden.

Die Betonarbeiter in **Hamburg** sind am 10. Mai zum offenen Kampf übergegangen. Nachdem der Lohnzulage- verband der Betonbauunternehmer es abgelehnt hat, mit der Sektion der Zementierer zu verhandeln (angeblich wegen einer verhängten Sperre), so blieb also den Betonarbeitern kein anderer Weg mehr übrig, als zur Arbeitseinstellung zu greifen. Zunächst ist über vier Unternehmer mit 20 Bauten die Sperre verhängt worden. Die Arbeitseinstellungen erfolgten, mit Ausnahme bei der Firma **Sogemann**, einmütig. In den nächsten Tagen werden weitere Arbeitseinstellungen erfolgen. Im ganzen sind rund 300 Kollegen an den Sperren beteiligt. Die Kollegen allerorts werden um Fernhaltung des Zuganges des Betonarbeitern ge- beten.

Gau Hannover.

In **Einbeck** haben unsere Kollegen am 10. Mai Meister Meyer seine 24 Gesellen ausgesperrt, obwohl für dies Jahr noch ein Vertrag bestand. W. handelt angeblich unter dem Einflusse der Unternehmer des Landkreises Lin- den. Er war so „harmlos“, von den Kollegen den Austritt aus dem Verband zu verlangen, dann, so meinte er, brauche er sie nicht zu entlassen. Geh' Du doch aus dem Arbeit- geberverbande, dann brauchst Du ja auch nicht auszusperrn

antworteten ihm die Kollegen ganz richtig. Nein, das geht nicht, meinte Meyer; Euer Verband hat alles verdorben, schon zweimal habt ihr durch den Verband Lohnnachforderungen gefordert, das halte ich nicht mehr aus. Ich arbeite schon so lange als Meister und habe noch nichts davon aufzuweisen! Die Kollegen haben im Jahre 1906 ihren Lohn von 35 1/2 auf 38 1/2 und jetzt fälschlich auf 39 1/2 erhöhen können. Das ist es, was Herr Meyer nicht mehr ausfällt. Er hat dann auch richtig ausgeperrert. Leider haben sich jedes der Ausgeperrerten bereit gefunden, aus der Organisation auszutreten. Vielleicht erkennen sie ihr Unrecht, wenn der Lohn durch ihre Schuld wieder auf 35 1/2 gesunken ist.

In Münden ist der Herr Bürgermeister auf Grund seiner „Befehlsmachung“ vom 24. April ein strenges Regiment. Wohl an die 30 Strafmandate hat es bereits für das von dem Herrn Meister so sehr verdiente Streikpostenheiken, gesetzt. Unsere Kollegen lassen sich von Herrn Meister nicht weismachen, daß Streikpostenheiken verboten ist, und so wird das Häuflein von Strafmandaten mit jedem Tage größer. Einige Kollegen sind schon wiederholt bei Ausübung dieses Verbredens ergriffen worden, und bei jedem Wiederholungsfall soll jetzt der Herr Bürgermeister in entsprechender Weise die Strafe höher legen. Natürlich wird in jedem Einzelfall gerichtliche Entscheidung beantragt. In der neuesten Nummer der Westfälischen „Arbeitszeitung“ weiß der Sekretär des „Nordwestdeutschen“ zu berichten, daß die Arbeiten in Anbetracht des Heimatskrieges gar nicht drängen. Man könnte die Frage zu dahinschieben lassen. Aber immerhin ist die Behauptung eine Falschmeldung und wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß in den thüringischen Staaten, im Hefischen, auf dem Gebiete in allen Zeitungen folgendes Inserat erschienen ist:

Tätige Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn in Hannov. Münden.
Zu werden beliebt bei Adolf Post Nachfolger.
Hierdurch ist Adolf Post Nachfolger in seinen Gedanken genau so bekannt geworden, wie Vahlsen mit seinem Leibniz-Café, aber besonders große Anziehungskraft hat sein Laden nicht ausgeübt, da wir sofort mit Gegenmitteln ausgewartet haben, und wenn sich mal einige Kollegen verkaufen, so kommt Post's Nachfolger auch mit vielen noch nicht zu Worte, da sie ihnen dann von den von dem Herr Bürgermeister so sehr verhassten Streikposten weghilfen. Also auf diesem Wege geht nicht Herr Post! Auch hat man bereits zur Selbsthilfe gegriffen, indem man selbst mal versucht hat, wie die Arbeit kammt. So kann man am Löwenhäuschen Neubau beobachten, wie sich drei leidbaltige Malermeister abmühen, die Arbeiten weiter zu bringen, selbstredend für die Firma Post's Nachfolger; Post selbst arbeitet aber nicht mit, sondern geht zu, zum Arbeiten sind eben die andern drei harmlos genug! Doch das Heimatsfeld rückt immer näher und näher heran, den Weibern wird angst und bangel. Man hofft einmütig, daß sich die Fächer bereit finden werden, bald einzuspringen; auch die dort garnisonierenden Pioniere betrachtet man noch als „retende Engel“. Auf alle Fälle sind aber auch die Maurer gerüht, um die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen.

In Lemgo wird der Kampf von unsern Kollegen mit jährem Ausdauer fortgesetzt. Anders bei den Unternehmern, dort krächzt's! Wenn man weiß, daß dort mit einer Stimme die Forderung unserer Kollegen abgelehnt ist, so ist es begrifflich. Der Lippische Arbeitgeberverband hat den ablehenden Standpunkt der Lemgoer Unternehmer zu dem seinigen gemacht. Der Standpunkt der Unternehmerorganisationen geht doch aber nun im allgemeinen darauf hinaus, daß die zehnwöchentliche Arbeitszeit im Bauwesen die allein festmachende ist. Der Lippische Arbeitgeberverband, an deren Spitze der Herr Zimmermeister Richter Detmold steht, kann's anders und macht's anders. Unsere Kollegen, soweit sie abgereist, haben es leicht, sehr leicht mit dem Aufsuchen von Arbeitsgelegenheit gehabt. Sie haben nicht brauchen dem Auslande ihre Arbeitskraft anzubieten, wie es ja leider 80 v.H. aller lippischen Arbeiter jahraus jahrein tun müssen, sondern alle unsere Kollegen haben im kleinen Lippischen Lande in Hülle und Fülle angegriffen. Darob Enttäuschung bei den Lemgoer Unternehmern und ihrem Dirigenten in Detmold. In echt preilerischer Weise ist der Herr Richter aus Detmold bei den gesamten Unternehmern im lippischen Lande von Haus zu Haus gelaufen; soweit dort Lemgoer Kollegen arbeiten und bei veranlassen wollen, daß diese Feierabend bekämen. Zur Ehre unserer gerechten Sache sei es aber gesagt: Glück hat er nicht gehabt, er hat auch nicht einen aus der Arbeit gebracht. Darob Betrübniß bei unsern armen Lemgoer Unternehmern, und bei unsern Kollegen selbstredend große Freude. In Lemgo ist unter Beobachtung aller dieser Umstände der Karren der Unternehmer vorzuführen, die Hoffnung unserer Kollegen aber wesentlich bekräftigt, umso mehr da bloß noch zehn Kollegen am Orte zu unterstützen sind und sich die Unternehmer so nach und nach mit unser Forderung abfinden und sie durch Unterschrift anerkennen. Die Weendigung des Streiks ist hierdurch ziemlich nahe gerückt.

Mit der Aussperrung in Bandreife Linden werden die Unternehmer voraussichtlich eine böse Niederlage erleben. Der übergroße Teil der ausgesperrten Kollegen hat sich nicht verschüchtern und zum Austritt aus dem Verband zwingen lassen. Die aussperrungswilligen Unternehmer fahren im Automobil umher, und kontrollieren die Arbeitsstellen der Unternehmer, die ihrem Verbände nicht angehören. Wer sich an der Aussperrung nicht beteiligt, wird mit der Materialsperrung bedroht, die jedoch bisher nicht funktioniert. Die Ausgeperrten sollen durch schwarze Listen überall getenngezeichnet und arbeitslos gemacht werden. Auf einer in den letzten Tagen verhandelten Liste sind die Namen von circa 8000 Maurern, 70 Zimmerern, 2 Tischlern und 70 Hilfsarbeitern verzeichnet, darunter sind Leute, die schon seit zwei Jahren und länger nicht mehr im Bauwesen gearbeitet haben. Die Agitation der Unternehmer hat nun noch die Unterstützung des Baafors gefunden. Ein „Diener Gottes“ hat es unternommen, die Maurer und deren Ehefrauen in der Wohnung aufzusuchen und ihnen die Sinnhaftigkeit der Organisation und des Streiks auseinanderzusetzen. Dem Herrn wie auch seinen Agitationskollegen vom Bau ist in einigen Versammlungen, die in der vorigen Woche in Worthinghausen, Seelze und andern Orten abgehalten wurden, derb die Wahrheit gesagt worden. Der Baafors alle Ursache, seine Agitation gegen ganz andre Leute als

gegen die Maurer und Arbeiter zu richten. Wenn er seine Aufgabe richtig erfüllt hätte, dann würde er mit flammenden Worten für die Verbesserung der Lebenshaltung der sich schwer-plagenden Arbeiter eintreten; er müßte vor die Unternehmer hintreten und ihnen sagen, daß ihr Kampf und ihre Kampfmittel gegen die Arbeiter ein freudvolles Unrecht ist. Aber das scheint dem „Mann Gottes“ noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Nun wohl, möge er weiter agitieren für die Knechtung der Arbeiter. Diese werden es ihm gewiß zur rechten Zeit danken. Den Kollegen aber rufen wir zu: kämpft unbedrückt weiter, bis der Sieg Euer ist!

Gau Leipzig.

In Regau haben die Kollegen am 27. März den Unternehmern eine Forderung unterbreitet, wonach der Stundenlohn von 40 auf 45 1/2 erhöht werden soll. Die dem Arbeitgeberverband angehörenden Unternehmer hielten sich in tiefes Schweigen, während zwei nicht organisierte Unternehmer zu einer gemeinsamen Aussprache bereit waren. Zu dieser Verhandlung wurden auch die organisierten Unternehmer von neuem eingeladen, sie erschienen jedoch nicht. Dies Verhalten hatte zur Folge, daß die Kollegen am 1. Mai die Arbeit einstellten. Am 3. Mai erhielt die Streikleitung von den Verbandunternehmern ein Schreiben, worin sie sich bereit erklärten, vom 1. Juli an 42 1/2 zu zahlen; auf dem Amtsgerichtsausschuss sollte dieser Lohn schon vom 1. Mai an bezahlt werden. Dies Angebot wurde von den Streikenden als ungenügend abgelehnt. Am Laufe der letzten Woche haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden, sie sind aber resultatlos verlaufen. Da die Situation für die Kollegen sehr gut ist, werden sich die Unternehmer, noch zu einer weiteren Zusage verpflichten müssen. Die beiden nicht organisierten Unternehmer haben die Forderung bewilligt. „Arbeitswillige“ sind nicht vorhanden.

Der Streik in Weiskitz ist beendet. Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beschlossen in einer gemeinsamen Versammlung, für Maurer und Zimmerer 62 1/2, für Bauarbeiter 43 1/2, für Kalk- und Steinträger 47 1/2 Stundenlohn und die neunzehnwöchentliche Arbeitszeit zu fordern. Diese Forderung wurde an die Unternehmer abgelehnt. Am 22. April fand eine Verhandlung statt. Bewilligt wurde nun von den Unternehmern 1 1/2 sofort und 1 1/2 vom 1. Juli an. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde glatt abgelehnt. Die Unternehmer hatten sich jetzt einem Jahr dem Arbeitgeberverband angeschlossen und stützen sich auf die Abmachung von Berlin. In einer gemeinsamen Versammlung am 26. April wurde nun beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen. Es legten am 27. April sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Arbeit nieder. Innerhalb einer Stunde bewilligten fünf Unternehmer die Forderung, es kamen hier die Auswärtigen in Betracht. Die Unternehmer am Orte haben sich das erst mal an. Da nun in anderthalb Tagen 40 Kollegen abreisten und 35 zu den neuen Bedingungen arbeiten, so ging es ihnen doch wider den Strich, denn die Arbeit am Orte war sehr gut. So beschloffen sie, am 28. April mit uns in Verhandlungen zu treten. Die Kommission verhandelte mit den Unternehmern, wobei unser Gauleiter, Kollege Jakob-Leipzig, zugegen war. Es kam nun zu einer Einigung, wobei wir die Verkürzung der Arbeitszeit fallen ließen. Der Lohn betrug sofort 50 1/2 und vom 1. Juli an 52 1/2. Diese Aufbesserung um 3 1/2 resp. um 5 1/2 gilt für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter gleichzeitig. Es soll ein Tarif ausgearbeitet werden, wozu bis zum 15. Mai nochmals verhandelt werden soll. Vom 1. Juli beträgt der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 52 1/2, für Bauarbeiter 43 1/2 und für Kalk- und Ziegelträger 47 1/2.

In Wurzen fordern unsere Kollegen 55 1/2 Stundenlohn bei neunzehnwöchentlichem Arbeitszeit. Die Unternehmer wollen dagegen die jetzigen Arbeitsbedingungen bis zum 1. April 1910 vertraglich festlegen lassen. Da die Verhandlungen ohne Ergebnis blieben, haben unsere Kollegen eine letzte Antwort der Unternehmer bis zum 10. Mai gefordert. Lehnen sie weiteres Entgegenkommen ab, so dürfte es zum Streik kommen.

Von Kosterlaubitz wird berichtet, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern noch kein annehmbares Ergebnis gehabt haben. Die Kollegen fordern eine Lohn-erhöhung von 38 auf 40 1/2. Die Unternehmer bewilligen für dieses Jahr vom 1. Juli ab 39 1/2 und vom 1. April 1910 ab 40 1/2. Die Kollegen haben dies Angebot am 8. Mai abgelehnt. Sie sind bereit, es anzunehmen, wenn sofort 39 1/2 gezahlt werden sollen. Da die Unternehmer durch ihren Widerstand gegen solch subtile Forderungen große Erbitterung bei den Kollegen erzeugt haben, so ist auch ein Streik nicht ausgeschlossen. Die Wautätigkeit ist gut.

Gau Magdeburg.

Der Streik in Cönnig wird von beiden Seiten mit gleicher Erbitterung weitergeführt. Die von den Unternehmern herangezogenen Maureicher sind bisher von unsern Kollegen immer noch nicht abgehoben worden. Die Streikenden selbst sind bis auf die absolut notwendige Zahl abgereist, wir können daher die weitere Entwicklung der Dinge ruhig abwarten.

In Dessau sind die Kollegen noch nicht bei allen Unternehmern vorstellig geworden, da die Entwicklung der Konjunktur erst abgewartet werden muß.

Im Westeregauischen Kaltegebiete kann nunmehr die Bewegung ebenfalls eingeleitet werden. Herr Eggert Bielefeld wird wohl noch einsehen lernen, daß er, wenn er nun auch Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, Verhandlungen mit uns nicht aus dem Wege geht. In Betracht kommen für uns in diesem Gebiete die Zweigvereine Cönnig, Croyenstedt, Gacku und Habmerleben, zu denen noch die Zahlstelle Wangleben des Zweigvereins Magdeburg durch das Vorgehen der Unternehmer in engster Interessensverbindung steht.

Die Unternehmer in Gieseben haben die Kündigung des Vertrages zurückgezogen. Unsere Kollegen werden im Laufe der Woche dazu Stellung nehmen.

Der Streik in Halberstadt stellt außerordentlich günstig. Bei 20 Unternehmern sind 299 Arbeiter und 7 Poliere in den Kusthand getreten. Ein Gefelle mit 19 Poliere blieben den Unternehmern treu. Von den Streikenden sind 76 abgereist und

64 bei sieben Unternehmern zu den neuen Bedingungen in Arbeit. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ für das „Baugewerbe“ schreibt in Nr. 19 ihren Lesern vor, der Kusthand wäre begünstigt, ohne die Antwort der Unternehmer abzuwarten. Wahrscheinlich scheint dort ein unbefamter Begriff zu sein.

In Tangerhütte ist im Laufe der Woche ein Vertrag mit 41 1/2 Stundenlohn abgeschlossen worden.

Gau Mannheim.

Der Streik in Forzheim geht weiter, ohne daß es den Unternehmern bisher gelungen wäre, Streikbrecher einzufangen. Die Wit darüber entläßt sich nun in Zeitungsartikeln, worin Gott und alle Welt angepöbel werden. Die Polizei scheint nach den Darstellungen der Unternehmernpresse von unserm Verbände bejodet zu werden, die deutschen Richter bis hinauf zu den alten Herren vom Reichsgericht sind danach alle verpöbelte Sozialdemokraten und die Regierung erst bezieht ihre Jurisdiction vom Landesvorstand der badiischen Sozialdemokratie. Ein schlechterer Dienst kann den Unternehmern gar nicht geleistet werden, als die Veröfentlichung solcher Slandartikeln. Denn jeder denkende Mensch kann daraus nur das ableiten: die Suche der Unternehmer steht schlecht, sehr schlecht; wer so herumlöbt, der muß halb verzweifelt sein. Der dort verzappte Blödsinn enthält aber auch ein ziemliches Quantum Gemeinheit. So brachte der „Forzheimer Anzeiger“ am 4. Mai folgendes:

Eingefandt.

Eine Maurersfrau bittet im Einverständnis mit andern um Aufnahme folgender Zeilen:

Von allen Seiten werden wir Maurerfrauen und unsere Männer gescholten, weil gegenwärtig in dieser schlechten Geschäftslage die Maurer auch noch streiken. Unverständige Leute sagen: Man sollte uns nicht einmal mehr fürs Geld etwas verkaufen. Aber die Leute sollten doch einen Unterschied machen zwischen Maurer und Maurer. Uns Maurerfrauen ist es leid genug, daß gestreikt wird. Wir müssen infolge dessen mit unsern Kindern Mangel leiden und können kaum oder gar nicht den Mietzins zahlen; denn die paar Mark Streikunterstützung helfen uns nichts. Aber unsere Männer sind gezwungen worden, dem Verband beizutreten und müssen jetzt feiern, trotzdem sie nach dem harten Winter gern etwas verdienen würden. Würden sie arbeiten, d. h. nach der Ansicht der Weiskitz „den Streik brechen“, so hätten sie zu erwarten, daß sie von ihren Genossen vom Bau herabgeschlagen würden, wie es schon einigen passiert ist. Sie wären ihres Lebens nicht sicher und würden beschimpft. Die jungen Leute aus Norddeutschland haben gut-gefreiten, die kommen billig durch, haben keine Familie zu ernähren; und gehen fort; wenn's hier nichts ist. Wir Maurerfrauen sind also leid daran. Unsere Männer dürfen nicht arbeiten, auch wenn sie wollen. Mein Gleich schließt sie genügend. Von der Einwohnerschaft aber werden wir verachtet, weil wir in dieser schlechten Zeit müßig hinstehen, aber mit Unrecht. Die Verhältnisse sind so, daß auch ein einsichtiger ordentlicher Arbeiter beunruhigt mit streiken muß, wenn ihm sein Leben lieb ist. Die Streikposten und ihre Genossen stehen mit Knüppeln an den Türen, um jeden Arbeitswilligen fortzukreuzen. Nach der Meinung von uns Frauen geht die Polizei diesen Weiskitzern gegenüber viel zu nachsichtig vor. Wirben die Weiskitzern und die Bedrohungen verhindert, so würden die ordentlichen verheirateten Maurer bald wieder arbeiten.

Eine Maurersfrau im Namen mehrerer.

Es ist unnötig zu sagen, daß es sich hierbei um eine „hamlose Fälschung“ handelt. Das hat keine Maurersfrau, sondern irgend ein Unternehmer oder eine Kreatur der Unternehmer geschrieben. Die Forzheimer Maurer lassen über solche Ausbrüche. Sie wissen, um was es kämpfen; sie haben aus freiem Entschluß den Kampf aufgenommen, ohne von ihren Führern dazu gedrängt worden zu sein, sie müßten, daß es Opfer fordern würde; nur das haben sie wohl nicht gemut, daß unter ihren Gegnern solch hundertbärmliche Burden sind; das haben sie jetzt erst erfahren.

Da man von den Darlegungen der Unternehmer auf eine unparteiische Polizei in Forzheim schließen könnte, so wollen wir nur sagen, daß es leider anders ist. Zwar herrschen nicht gerade Breslauer und Berliner Sitten, aber Unparteilichkeit kann auch keine Rede sein. Es scheint, als ob die Aufregungen in der Unternehmerpresse die Polizei nervös gemacht hätten. Wir werden ja sehen, und wenn nötig, auch eintröpfchend handeln.

Gau Nürnberg.

Wie der Zweigverein Nürnberg-Nürnberg berichtet, haben die Kollegen in der Zahlstelle Rangenann am 3. Mai mit ihren Unternehmern einen Loktarif abgeschlossen, der sich auf 38 1/2 betragen, während am 1. Mai an der Lindenlohn 40 1/2 und vom 1. Juli an 42 1/2 betragt. Jedenfalls ein Fortschritt, mit dem sich unsere Kollegen sehen lassen können, zumal wenn man die dortigen Organisationsverhältnisse in Betracht zieht. Die Hälfte der Kollegen ist noch unorganisiert und auch sehr schwer für die Organisation zu gewinnen. Dieser Tarifabschluß dürfte unsern ländlichen Kollegen aber die Augen öffnen über den Wert der Organisation, und die Organisierten wird er veranlassen, nun erst recht für den Verband einzutreten, nachdem sie gesehen haben, welche Vorteile sich daraus ergeben lassen.

In Ansbach fordern die Kollegen für Steinhauer einen Stundenlohn von 50, für Maurer 45 und für Qualitätsarbeiter 35 1/2. Außerdem soll eine einwöchentliche Mittagspause, was gleichbedeutend ist mit neunwöchentlichem Arbeitszeit pro Tag, eingeführt werden. Die Unternehmervereinbarung hat darauf geantwortet, daß die Unternehmer schon jetzt für Staat und Gemeinde ungenügende Lasten zu tragen hätten und daß Aussicht vorhanden sei, daß diese Lasten noch vermehrt würden. Wenn sich diese Verhältnisse gebessert hätten, dann wollten sie auch die Arbeiter denken. Mit der Arbeiterorganisation wollten sie aber keineswegs verhandeln, noch weniger mit „Unwürdigen“, sondern jeder nur mit seinen Arbeitern. Die Unternehmer zählen sich in ihren politischen Anschauungen zur

liberalen Partei, teilweise zur Volkspartei; auch beanspruchen sie für sich das Koalitionsrecht, aber ein Arbeiterorganisation erkennen man nicht an. Unter diesen Umständen wird ein Kampf unaussprechlich sein.

In Altdorf b. Nürnberg haben unsere Kollegen um den Abschluß eines Tarifvertrages nachgesucht. Eine Verbesserung der jetzigen Arbeitsbedingungen haben sie gar nicht beantragt. Die Unternehmer haben sich trotzdem nicht bemüht gefühlt, auf den Antrag zu antworten.

In Bamberg haben zweimal Unterhandlungen stattgefunden, die zu einer Einigung geführt haben. Der Stundenlohn der Maurer wird von 42 \mathcal{A} auf 46 \mathcal{A} erhöht, für Hilfsarbeiter von durchschnittlich 28 \mathcal{A} auf 33 \mathcal{A} . Die neundreißigstündige Arbeitszeit bleibt bestehen, jedoch sollen nicht mehr, wie bisher, zehn Stunden, sondern die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt werden. Für Lebenslöhne werden 10 \mathcal{A} pro Stunde, für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 pZt. Lohnzuschlag bezahlt. Beim Kanalbau erhalten die Maurer 50 \mathcal{A} , die Rohrleger und Einbauer 88 \mathcal{A} pro Stunde. Ueber die Kündigungsfrist konnte man sich vorerst noch nicht einigen, da einzelne Unternehmer mit „ihren“ Arbeitern hierüber Sonderabkommen treffen wollten, worauf wir uns nicht einließen.

In Langenzenn, Zweigverein Nürnberg, wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen, wonach der Stundenlohn für Maurer von 38 auf 42 \mathcal{A} und für Hilfsarbeiter von 26 auf 30 \mathcal{A} erhöht wird. Für Lebenslöhne werden 25 pZt. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pZt. Lohnzuschlag gewährt.

In Regensburg haben wir gemeinsam mit den Bauhilfsarbeitern und Zimmerern den Vertrag geschlossen, der somit am 1. Juli zu Ende geht. Unterhandlungen sind unsererseits angeboten worden; eine Antwort der Unternehmer ist noch nicht eingetroffen.

Eine Lohnforderung in Meißner, a. d. Zweigverein Oberbrunn hat von seinen der Unternehmer noch keine Antwort gemeldet. Gefordert wird Gleichstellung des Lohnes (45 \mathcal{A}) mit dem nahegelegenen Oberbrunn.

Ein Vertrag in Selb, Zweigverein Hof, sichert uns einen Stundenlohn von 45 \mathcal{A} sowie Zuschläge für Lebenslöhne von 10 \mathcal{A} für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit von 20 \mathcal{A} pro Stunde.

Die Firma Krapp in Würzburg erlebte die kurze Freude, aus der Gegend von Sabfurt eine Anzahl Arbeiter für den gewöhnlichen Bau zu gewinnen. Nachdem jedoch die Zeile über die Sachlage aufgeklärt worden, berichteten sie auf die Streikarbeit. Die Folge war, daß die Firma nicht nur verbandlungswillig wurde, sondern auch die Forderungen bewilligte. Alle zu Unrecht entlassenen Arbeiter wurden wieder eingestellt, trotz der Maureibereidung, die Mitglieder des Zimmererverbandes der Firma 14 Tage lang geteilt haben. Ueber die Forderungen der Maurer- und Bauhilfsarbeiter in Würzburg sind jetzt Unterhandlungen mit dem Unternehmerverband im Gange; ob sie zu einer Einigung führen werden, läßt sich im gegenwärtigen Stadium noch nicht sagen.

In Kitzingen haben die Kollegen gemeinsam mit den Christlichen eine Lohnforderung eingereicht. Der Termin für Unterhandlungen läuft am 16. Mai ab. Die Unternehmer versuchen, ihre Arbeiten an auswärtige Affordkolonnen zu vergeben. Kein Kollege darf auf ein solches Angebot eingehen.

Gau Stettin.

In Greifenhagen haben auf unsre am 18. April eingereichte Forderung nur drei Unternehmer eine Antwort, alle übrigen gingen mit Stillschweigen darüber hinweg. Am 28. April wurde mit 37 gegen 5 Stimmen der Streik beschlossen. Am Morgen des 29. April ruhte auf allen Bauten die Arbeit. Bis gegen Mittag hatten sechs Unternehmer bewilligt. Im Laufe des nächsten Tages bequeme sich auch Meister Baermann zu einem Zugeständnis, doch wollte er nur „tädtigen“ Gesellen den geforderten Lohn zahlen. Darauf ließen sich jedoch die Kollegen nicht ein. Als dann noch ein anderer Unternehmer bewilligte, war es auch mit dem Widerstand Baermanns vorbei. Die Unternehmer Carl Lade in Buddenbrock, Ernst Magdorch und Paul Wendland in Neu-Jarnow und Adolf Neumann in Greifenhagen haben die Forderungen noch nicht anerkannt. Nachdem aber jetzt die Kollegen eingesehen haben, was durch einmütiges Zusammenhalten zu erreichen ist, werden sie hoffentlich nicht locker lassen und sich noch die fehlenden Unterschriften holen, wie auch den letzten Mann der Organisation zuführen.

In Neustettin kam es am 18. April nochmals zu Verhandlungen. Die Unternehmer boten 43 \mathcal{A} in der Stadt, 4 \mathcal{A} über Land, im übrigen den alten Vertrag. Mit 50 gegen 21 Stimmen nahmen die Kollegen dies Angebot an. Ein Vertragsverhältnis mit den Bauhilfsarbeitern sehen die Unternehmer vorläufig noch ab. Diese werden sich die nötige Achtung erkämpfen müssen. Am 20. April konnte ein Teil der Kollegen in Arbeit treten. Die übrigen nahmen am 28. April die Arbeit auf. Damit hat die Ausperrung mit einem Achtungserfolg für die Maurer geendet. Es wäre noch mehr zu erreichen gewesen, wenn die Zimmerer, die jetzt 3 \mathcal{A} die Stunde weniger erhalten als die Maurer, nicht so bereitwillig mit ihrem Abschluß gewesen wären. Zu hoffen ist, daß sich die Unternehmer auch wegen der Hilfsarbeiter eines Besseren bekennen, damit ein ungelöstes Fortarbeiten möglich ist. Der gute Ausgang des Kampfes war nur möglich, weil die Kollegen, vom ältesten Kolleger bis zum jüngsten Gesellen, einmütig trotz des langen Winters ausbarren.

In Wyrich wollen die Unternehmer Hansen, Wentz und Berg immer noch nicht bewilligen. Auf Geld kommt es ihnen gar nicht an; der Kolleger Lohs aus dem Amt Marienthal, der trotz seiner grauen Haare für Sanften den Streikbrecheragenten macht, bietet weit über den geforderten Lohn. Zu bezaubern ist, daß sich immer noch aus der Neumark „Arbeitswillige“ finden. Es scheint den „Kollegen“ aber nur um das Meißelgeld zu tun zu sein; denn einige, auch Verbandskollegen, waren in ihren Ansprüchen geradezu unverschämte. Die Vereine in der Neumark haben noch ein großes Etid Erziehungsbauarbeit zu leisten.

In Regensburg hat ein Teil der Berliner Kollegen gemeinsame Sache mit den Anfälligen gemacht. Von 67 Streikenden sind noch 10 am Orte, die übrigen sind abgereist bzw. anderweitig untergebracht. Ein Teil der Regensburger und Berliner blieb als Streikbrecher stehen, so daß trotz der guten Arbeitsgelegenheit mit einem langwierigen Kampfe zu rechnen ist. Vorwiegend handelt es

sich um solche Kollegen, die einmal durch Berlin gelaufen sind und die nun als „Weitgereifte“ jenseits von Gut und Böse stehen. Trotz dieser „Maureibereidung“ brennt es den Unternehmern auf den Nägeln. Edgar Maas hat wegen unterlassener Kündigung Klage eingereicht. Der Herr legte sich in einem früheren Prozeß die Sache so zurecht: „Für Auswärtige ist keine Kündigung, für Anfällige soll aber Kündigung sein“. Da wir in dem besagten Prozeß abgewiesen wurden, sind wir auf die jetzige Entscheidung des Amtsgerichts neugierig. Wer aber zu Kleinlichen Mitteln greift, der beweist, daß er im Druck ist; wollte Maas dies vermeiden, so brauchte er nur die am 26. April angebotene Streikermittlung des Bürgermeisters anzunehmen.

In Nichtenberg legten am 3. Mai 30 Kollegen die Arbeit nieder, weil die Unternehmer auf einen am 18. April gestellten Antrag um mündliche Verhandlung zwecks endgültigen Abschlusses eines Vertrages keine Antwort gaben. In einer am 5. Mai stattgefundenen Verhandlung entschuldigte sich der Empfänger des Schreibens damit, er habe nicht gewußt, daß dies für alle Unternehmer bestimmt sei. Die Unternehmer wollten nun von der Einführung des Mustervertrages nebst den Verschlechterungen absehen und den bisherigen Vertrag in seinem ganzen Umfang verlängern. Dies lehnten die Streikenden ab. Da in Nichtenberg alle Gesellen und Poliere freitren, dürfte ein günstiger Ausgang sicher sein. Dies bestätigt auch ein mit K. unterzeichnetes Eingekandt vom 5. Mai im Franzburg-Nichtenberger Wochenblatt, für welches Klagenweise die Redaktion keine Verantwortung übernimmt. In diesem Eingekandt wird die seit altersher gebräuchliche Vergütung der Reisegeld als eine ungerade Belastung erklärt und herausgeredet, daß täglich drei Stunden bezahlt werden müßten, wofür keine Arbeit geleistet werde. Mit dieser Forderung sollen die Bauern schon gemacht werden. Zum Schluß heißt es denn auch unerbittlich: „Aber national gelinnte Bürger sollte dazu beitragen, daß die Agitatoren des roten Regiments, welche so unendlich viel Unheil stiften, niebergefallen werden.“

Welchicht meidet sich der Schreiber in der nächsten Maurerverammlung, ihm kann geschloffen werden.

In Nigenwalde mußten die Unternehmer Schirmer und Richter gesperrt werden wegen fortgesetzter Versuche, den Lohn zu kürzen. Am 2. Mai ist allen Unternehmern eine Forderung auf Einführung des neunzehnstündigen Arbeitstages und eines Stundenlohnes von 40 \mathcal{A} zugeestellt worden.

In Bad Schupfleß (Neumark) reichte unser Verein am 28. April die Forderung: zehn Stunden Arbeitszeit und 35 \mathcal{A} Lohn pro Stunde, ein. Wegen derselben bescheidenden Forderung sind wir 1908 verhöht worden. In diesem Jahre entließ der Unternehmer Baletmann am 1. Mai sämtliche Maurer, und die Bauunternehmer Schüler und Raske machten es am 3. Mai ebenso. Der Unternehmer Ringer sperrte nur Verbandsmittelglieder aus und ließ die Unorganisierten weiter arbeiten. Der Kampf dreht sich also in erster Linie um das Koalitionsrecht. Jeder, der im Verdacht steht, dem Verband anzugehören, wird entlassen. Gendarmen und Polizisten begleiten die Ringerischen Maurer nach und von der Arbeitsstätte, und an den Landfontrollen nimmt sogar der Herr Bürgermeister per Rab in Begleitung eines Polizeibundes Teil, ausgerüstet wie Buffalo Bill. Daß unsre Forderungen alle Augenblicke durch die behördlichen Organe belästigt werden, versteht sich von selbst. Die „Schönstiller Zeitung“ leistet sich in ihrer Nummer vom 7. Mai in der Verunglimpfung der Arbeiter das menschenmögliche. „Auswärtige Greiere“ sollen Schuld sein, daß die Maurer nicht mehr für 30 \mathcal{A} pro Stunde arbeiten wollen, daß die Maurer einsehen, mit höchstens 700 Markendienst ist nicht auszukommen. Somit ist in der Moltz alt und jung, Afford und Lohn, Zeilen, Arbeitsleistung und noch anders mehr, funterbunt durcheinander gewirbelt. Na, Schanden kann diese Moltz nicht viel anrichten, da es ohnehin noch in der Umgegend sehr viele Maurer gibt, die bei einem Stundenlohn von 30 \mathcal{A} zum Streikbrecher werden.

Bei Straußhof sollen noch in diesem Jahre zehn Gebäude der neu zu errichtenden Irrenanstalt in Angriff genommen werden. Die Ausführung hat Maurermeister Hart-Stettin für 126 000 übernommen. Die Arbeit liegt mehrere Kilometer vor der Stadt, darum soll die Lohnkommission mit dem Unternehmer über die zu gewährenden Landzulage verhandeln. Laut Vertrag ist bei Landarbeiten freie Vereinbarung zulässig. Da es sich um etwa 80 Kollegen handelt, soll die Sache korporativ geregelt werden.

In Wolgast steht den Unternehmern, außer den Behringern, kein Mann zur Verfügung. Zimmermeister Peters hat bewilligt; die übrigen drei Unternehmer verlassen sich auf die passive Hilfe der Bürger. Wie diese aussieht, zeigt sich auf der Zementfabrik. Quistroy hat sich aus Lebbin seine Fabrikmaurer, macht die Arbeit fertig und spart noch obendrein das Meißelgeld. Der Unternehmer Peters in Jagtkrug, ein steter Aufseher, hat schon wiederholt verhandelt, doch will er immer noch nicht den Tarif anerkennen. Zahlreich gabte er 5 \mathcal{A} unter Tariflohn, und nun ist ihm der Sprung zu hoch.

Gau Stuttgart.

In Lauffen a. Neckar haben unsere Kollegen, die am Zementwerk beschäftigt sind, eine Lohnhöhung von 40 \mathcal{A} auf 45 \mathcal{A} und den Abschluß eines Vertrages verlangt. Die Lohnhöhung wurde bewilligt und bereits durchgeführt, der Abschluß eines Vertrages aber abgelehnt. Es wird noch auch ohne den Vertrag gehen.

In Eßlingen sind unsre im vorigen Jahre gestellten, aber nicht durchgeführten Forderungen wieder von neuem erhoben worden. Die Unternehmer haben eine durchschnittliche Lohnhöhung von 3 \mathcal{A} bewilligt. Von dem Abschluß eines Vertrages auf der Grundlage des Berliner Vertragsmusters wollen sie aber immer noch nichts wissen. Wir werden die weitere Entwicklung abwarten müssen.

In Donaueschingen haben es unsere Affordmaurer von Schwabingen und Nipar glücklich wieder zu einer elf- bis zwölfstündigen Arbeitszeit gebracht, um mehr Kubimeter zusammenzubringen. Die Unternehmer schämten sich über diese Arbeitswilligkeit der Affordkolonnen. Aber leider müssen auch die übrigen Maurer unter diesen traurigen Begleiterscheinungen der Affordarbeit mitleiden. Die Arbeitszeit ist auf den meisten Plätzen von zehn auf

elf Stunden verlängert, und der Lohn um 3 bis 4 \mathcal{A} gekürzt worden. Die im Zeißhoth arbeitenden Kollegen hatten jetzt die Pflicht, an die Unternehmer die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit und einer entsprechenden Lohnhöhung zu stellen. Sie hatten aber die Rechnung ohne die Affordmaurer gemacht. Diese haben in der Versammlung am 6. Mai die Einreichung von Forderungen rundweg abgelehnt, um nicht in ihren Affordgeschäften gekürzt zu werden. Reisende Kollegen tun am besten, wenn sie Donaueschingen ganz meiden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

„Der Kampf um die Arbeitsbedingungen.“ So heißt ein soeben im Verlage des Verbandes „erschienenes Buch, das die vorjährige Tarifbewegung und den bestmöglichen Kampf um den Wählertag in Berlin 1907 schildert und kritisch behandelt. Das Buch ist für 75 \mathcal{A} , inklusive Porto, von uns zu beziehen. Der Portovertrag wegen empfiehlt es sich jedoch, daß die Zweigvereine das Buch in Vertrieb nehmen und sofort eine dem sonstigen Bücherumsatz entsprechende Anzahl Exemplare bestellen.

Den Zweigvereinen, soweit sie die Zeitung im Paket erhalten, senden wir mit dieser Nummer des „Grundstein“ ein Exemplar des Buches für die Bibliothek. Eine Aufforderung zur Buchbestellung und Bestellkarten liegen bei. Vereinsvorsitzende, die nicht in den Besitz des Buches gelangt sind, wollen dies umgehend mitteilen.

„Anfrage über Arbeitsnachweise.“ Die Redaktion des „Arbeitsmarkt“ plant in Verbindung mit dem Vorliegenden des Holzarbeiterverbandes eine Untersuchung über den Stand der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise vorzunehmen. Wir ersuchen die Vorstände der Zweigvereine, die einen Arbeitsnachweis eingerichtet haben und einigen Erfolg aufweisen können, der Redaktion des „Arbeitsmarkt“, Frankfurt a. M. Saalstraße 31, hiervon Mitteilung zu machen. Der „Arbeitsmarkt“ wird sich dann eventuell mit einem Fragebogen an die Zweigvereine wenden.

„Sterberegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Hinterbliebenen ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 3. bis 8. Mai für folgende Mitglieder erst:

- H. Hamann-Hamburg (Frau), Verb.-Nr. 29 506; H. Goldammer-Schneewind, 39 114; W. Delge-Samburg (Frau), 30 078; Ernst Grubbe-Dresden (Frau), 19 957; K. Hamann-Berlin (Frau), 1409; Jul. Marquardt-Berlin (Frau), 167; Alb. Verche-Berlin (Frau), 70 156; G. Berwald-Berlin, 3627; Gg. Verch-Coburg, 59 957; Joh. Nord-Speyer (Frau), 187 351; Max Nilm-Karlsruhe, 286 286; W. Keller-Grünna, 160 553; Herm. Stein-Ludwigslust, 115 973; Alois Wolke-Fritz, 68 589; W. Gebler-Heidelberg, 295 495; Sof. Sarasin-Statowitz (Frau), 457 217; M. J. Henn-Wannheim, 317 878; Karl Wosnow-Neustettin, 90 880; Karl Orlow-Nienburg a. d. W., 91 282; Karl Hesse-Samburg, 31 645; R. Thiemer-Leipzig (Frau), 55 082; W. Kropin-Fleischne (Frau), 68 139; G. Wangelsdorf-Gr. Wubide, 75 229; G. Jagmann-Briegen, 108 676; Paul Henkel-Gunewalde (Frau), 52 506; H. Adrman-Hagen (Frau), 217 581; Fr. W. Schaller-Dahlen, 62 821; A. Biegl-Dresden, 138 722; H. Petersen-Neustadt in Holstein, 90 825; Carl Oser-Mannheim (Frau), 140 430; August Wamms-Braunau (Frau), 18 215; Ch. Baum-Thorn, 104 247; Heinrich Meyer-Einbe, 435 014; Aug. Malow-Neubudow (Frau), 89 341; W. Heu-Spanbau, 101 466; H. Nagel-Berlin, 6127; Geinr. Jörrens-Samburg (Frau), 31 257; Gustav Richter-Samburg, 26 789; Oswald Müller-Altenburg, 50 436.

Geldleistungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Einzahlung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 8. Mai 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Alleben A. 25,56, Ahrensböde 100, Alstedt 119,50, Brafe 63,56, Brandenburg 21,50, Berlin 277,87, Wiere 3,83, Chemnitz 1500, Darmstadt 141,84, Doberan 93,74, Dellau 200, Elsterwerda 280, Erlangen 113,74, Schwäge 17,02, Erfner 3,50, Erfurt 200, Fallersleben 43,77, Fiddichow 9,18, Gleiwitz 16,96, Gera 912,77, Gr. Mhlden 65,54, Grimmen 43, Glauchau 250, Halle 2515,21, Hannover 2120,24, Heidelberg 184,55, Hamm 170, Hamburg 2500, Herzfelde 100, Kronitz 15, Landsbüttel 150,34, Landeshut 86,01, Limburg 45,07, Lieberose 1,92, Minden 68,82, Marienburg 129,80, Neudorf a. d. Orla 44,36, Neureißlich 100, Neumünster 175,28, Oberglöwen — 20, Döberitz 83,20, Orlitzburg 7,08, Orlitz 6,28, Orlitz 70, Pösch 14,24, Pajewalk 38,89, Rodowitz 7,82, Reichenhau 200, Straßburg i. E. 1,45, Schwartau 14,08, Salzgumen 30,41, Schoopnitz 19,60, Schönstiller 30,32, Seidenberg 29,48, Stuttgart 2328,55, Sonneberg 57,77, Stendal 400, Senftenberg 200, Salzwedel 200, Stenditz (vom Streik zurück) 14,92, Sebnitz 200, Ilm 26,72, Wella 75,90, Weglad 200, Weisenborn 1053,01, Weiba 41,20, Weiden 25,58, Waldenburg 263,20, Wilsenfeld 200, Wittenberge 200, Wylch a. Föhr 87,48, Wilsenhausen (vom Streik zurück) 7,50, Zinnwitz 15,44, Zwenkau 100.
- b) Für Kalender. Erlangen-M. 2,50, Gleiwitz 1.

- c) Für Futterale.
 - Mittelt 2,50, Halle 5, Hannover 20.
- d) Für Protokolle.
 - Winden M. 14.
- e) Für „Arbeit und Kultur“.
 - Gera M. 1,50, Hannover 1,50.
- f) Für „Vereinsvereine“ von W. Kufemann.
 - Kolberg M. 10, Saarbrücken 10.
- g) „Die freien Gewerkschaften“ von Dircksfeld.
 - Kolberg M. 9, Saarbrücken 9.
- h) „Die christliche Arbeiterbewegung“ von A. Erdmann.
 - Kolberg M. 5, Saarbrücken 5.
- i) „Korrespondenzblatt“.
 - Berlin M. 17,50.
- k) Für „Jahrbuch“.
 - Stuttgart M. 1.
- l) Für Einband und Decken vom „Grundstein“.
 - Berlin M. 9, Gera 1, Hannover 4, Saarbrücken 14,50, Stuttgart 3.
- m) Für Anzeigen im „Grundstein“.
 - Halle M. 2,45, Weisfelds —, 80.

Marken-Verband. Vom 23. April bis 5. Mai sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Sozialfondsmarken):

Apolda 30 B à 50 A, Mittelt 20 E à 50, Alt-Wien- dorf 200 B à 45, 50 B à 35, 100 L à 10, Anklam 200 B à 35, 200 A à 25, Augsburg 100 E à 50, Ahrensbeck 100 A à 25, 400 L à 10, Aue 500 A à 25, 30 B à 50, 10 E à 150, Bamberg 400 B à 70 A, Weitz 10 E à 50, Barmleb 400 B à 50, 100 A à 25, Barchfeld 400 B à 40, 50 A à 25, 20 E à 50, 50 K à 10, Barchfeld 200 B à 55, 50 A à 25, 30 E à 50, Barm 100 A à 25, 3 E à 150, Barmby 200 B à 35, 10 E à 50, Burg 5, M. 1000 B à 45, 100 B à 35, Braunschweig 20 E à 50, Bautzen 200 B à 35, 50 E à 50, 30 E à 150, Bremerhaven 200 A à 25, Briesen 800 B à 60, 400 A à 25, Buechle 20 E à 50, 6 E à 150, Bruns- wick 600 B à 60, Buxtehude 200 B à 50, 50 A à 25, 20 E à 50, Bocholtz 200 B à 50, 50 A à 25, 20 E à 50, 200 B à 55, Bromberg 20 E à 150, Bielefeld 400 A à 25, 100 E à 50, Bernice 400 B à 40, 20 E à 50, Borsdorf 100 B à 45, 2 E à 150.

Coburg 1000 B à 40 A, Gilitzin 1000 B à 40, 800 B à 35, Guxhagen 100 B à 50, GutsMuths 800 B à 30, 10 E à 50, Gundersdorf 3000 B à 50, 100 L à 25, 50 E à 50, Gochfeld 50 B à 50.

Gröden 15 E à 150 A, 200 A à 25, Dürnmangen 200 B à 30, 10 E à 50, 50 A à 25, Dresden 10 000 A à 25, 100 E à 30, 100 E à 150, 20 E à 300, Düren 50 B à 50, 50 A à 25, Eisleben 20 E à 50, 1000 B à 50, Döberitz 400 B à 50, 10 E à 50, Demuth 200 A à 25, 200 B à 40, Düsseldorf 20 E à 50, Drais-Geisau 200 A à 25, Dortmund 50 E à 150, Döhlen 100 B à 35, 20 L à 10, Döhlen 6 E à 150, 5 E à 50, Döhlen 300 A à 25, 200 B à 50, Döhlen 100 B à 55, 10 E à 150, Darmstadt 2000 B à 60, 10 000 B à 55, 3000 A à 25, Dödelndorf 200 B à 45, 200 K à 20, Döhlen 400 B à 40.

Elmhorn 200 A à 25 A, 10 E à 50, Offen 20 000 B à 65, 1000 A à 25, 300 E à 50, 100 E à 150, Eimdet 50 B à 30, 10 E à 150, Ertur 1000 A à 25, Eickhof 5 E à 150, Eger 600 B à 40, 5 E à 50, Ester 100 B à 35, Eichen 800 B à 40, 50 E à 50.

Hilfsburg 200 A à 50 A, 10 E à 150, 30 E à 50, Freiberg i. E. 600 A à 25, 2000 B à 45, 600 K à 25, Frankenhäuser 10 E à 50, 1000 B à 40, Fichta 10 E à 150, 20 E à 50, Friedland 200 B à 35, 400 B à 40, 5 E à 50, Fürstenthal 400 A à 25, 600 K à 5, 50 E à 50, 10 E à 150, Fichta 10 E à 150, Forst 400 A à 25, Frankfurt a. d. O. 30 E à 50, Fürstentbrunn 200 A à 25, 100 B à 65, 10 E à 150.

Gelsenkirchen 5000 B à 65 A, 400 B à 40, 200 A à 25, 200 E à 50, 50 E à 150, Georgensmünd 50 A à 25, 400 B à 35, 20 E à 50, 5 E à 150, Goldberg i. Schl. 1600 B à 45, Gotha 50 E à 50, 40 B à 65, 400 L à 20, Geb- weiler 200 B à 50, 20 E à 50, Göttingen 50 A à 25, 500 B à 40, 4000 B à 45, 50 E à 50, 50 E à 150, Glogau 50 E à 50, 1000 A à 25, Glosar 20 B à 45, 25 E à 50, Grünberg i. Schl. 50 B à 30, Gorfalt 200 B à 35, 200 E à 50, Gnoien 15 E à 50, Gabelsch 30 E à 50, Gern- dorff 100 B à 30, 100 A à 25, Grimma 30 E à 50, 400 L à 10, Groß-Ziegenort 100 B à 50, Gießen 800 B à 40, 50 E à 50, 200 A à 25, Gottersberg 600 B à 45, Gumbinnen 900 A à 25, Greifenhagen 600 B à 40, 200 A à 25, 10 E à 50, Gräfenhal 5 E à 50, Gera 50 E à 50, Gaffen 400 B à 35, 50 A à 25, Griesheim 400 B à 40, 10 E à 50, Genthin 400 B à 35, 40 E à 50, 50 A à 25.

Helmstedt 600 B à 40 A, 10 E à 150, Halle 1000 L à 25, 10 000 B à 55, 1000 B à 50, 2000 B à 40, 1000 B à 25, 200 B à 30, 50 E à 50, 3 E à 300, Heidenau 100 B à 60, 30 E à 50, 100 A à 25, Hamburg 100 B à 55, 2000 B à 80, 50 000 B à 75, 100 E à 150, 1400 B à 70, 2000 B à 85, 500 E à 50, Gerford 400 A à 25, Heegermühle 100 B à 40, 100 A à 25, Heilsbrunn 800 B à 40, Hagen 10 000 B à 60, Hammer 5, Jagndt 100 B à 45, 50 B à 50, Haberleben 100 A à 25, 200 L à 10, Haldensleben 200 A à 25, Holzginden 100 A à 25, Hof 2000 B à 55, 1000 B à 45, Hainlein 1200 B à 40, 800 B à 35, 400 A à 25, Hohenstein 300 B à 40, 50 A à 25, Hammer bei Wilhelmshof 100 B à 30, 100 A à 25, Hildesheim 400 B à 40, 1000 B à 55, 400 A à 25, Hiltendorf 800 B à 35, Hannover 2000 A à 25, 10 000 B à 70, 3000 B à 45, 50 E à 150, Humboldt 200 B à 45, 10 E à 50, 50 A à 25, Haynau 10 E à 50, 100 A à 25, Herzogentaur 10 E à 50.

Jarmen 50 A à 25 A, Jüterbog 15 E à 50, Jerichow 400 B à 35, 5 E à 150.

Karlshöhe 30 E à 150 A, Kaufbeuren 200 A à 25, Königshöhe 1000 L à 10, Kolmar 100 A à 25, Klosterr- hausen 100 L à 25, 10 E à 50, 5 E à 150, Kroschwitz 200 A à 25, Königberg i. Pr. 100 E à 50, Kaiserlautern

20 E à 150., Kofberg 10 E à 150, 5 E à 300, Königs- wusterhausen 10 E à 50, Kiel 200 B à 40, 2000 A à 25, Krayna 150 A à 25.

Leitz 400 B à 35 A, 10 E à 50, Leitz 400 A à 25, 800 B à 45, 400 B à 55, 15 E à 150, 10 E à 50, Lissa 600 B à 40, 200 A à 25, 20 E à 150, 10 E à 50, 5 E à 300, Leisnig 200 B à 30, 800 B à 40, 100 K à 10, 10 E à 50, 10 E à 150., Lissa 100 A à 25, Stienstein 100 B à 35, Landau 600 B à 40, 100 A à 25, Luda 5 E à 50, Lübben 5 E à 150, 200 A à 25, Leutenberg 200 B à 40, 100 A à 25, Leipzig 100 E à 50, 100 E à 150., Lüchow 200 B à 45, Lübben 400 B à 45, 400 A à 25, Lutz 20 E à 50, Leitzsch 4 E à 150.

Mitterteich 200 B à 35 A, Müchsdorf 100 A à 25, 4 E à 150, 1 E à 300, Müchshäuser i. Thür. 10 E à 150, 25 E à 50, Markgrafische 100 B à 30, 200 A à 25, Marien- werder 20 E à 150, Münsler 200 B à 45, 50 B à 40, Mülow 200 A à 25, Müntzenhau 100 A à 25, 10 E à 50, 5 E à 150, 200 B à 55, 50 B à 70, 50 B à 65, Münsing 20 E à 50, 400 B à 45, Münsdorf 400 B à 50, 200 A à 25, Wenden 400 A à 25, 50 E à 50, 4000 B à 50, 2000 B à 45, 2000 B à 40, Mühlheim a. S. 1000 B à 50, 100 E à 50, 1000 L à 10, Muevan 2400 B à 40, Müchsdorf 10 E à 150, 200 A à 25, Mühl 100 B à 75, 2 E à 300, 4 E à 150, Nord- hagen 3000 B à 45, 400 A à 25, 400 K à 10, Müschel a. d. Oria 50 A à 25, 400 B à 35, Neuhaldensleben 1200 B à 40, Neumarkt 5 E à 150, 100 A à 25, Naumburg 200 A à 25, 10 E à 150, Neuzunne 100 A à 25, 100 B à 70, 400 B à 50, Norden 200 B à 50, Rosen 50 E à 50, Riech 200 B à 40, 100 A à 25, 100 K à 10, Reichenau 400 B à 35, 100 E à 30, Roderen 200 B à 60, Reumünster 200 A à 25, Reuthal a. d. S. 200 A à 25, Reuthal a. d. E. 200 B à 40, 20 E à 50, 50 A à 25, Reuthal a. d. S. 200 A à 25, 20 E à 50, 20 E à 50.

Schöneberg 15 E à 50 A, Rön 1 E à 300, Reizlin 1000 B à 40, 300 L à 10, Röhnd 300 B à 40, Rühri 200 B à 35, Ruyden 100 B à 55, 5 E à 150, Raaren 150 B à 70, 50 B à 50, 150 A à 25, Rirna 2000 B à 60, Röllig 200 B à 65.

Rudolfsburg 2000 B à 45 A, 20 E à 50, Rühlheim 200 B à 50 A, 200 B à 45, Rühroxt 5000 B à 65, 2000 B à 60, 200 B à 75, 100 B à 30, 500 A à 25, Rühlshof 20 E à 50, 5 E à 150, Rühlig 600 B à 40, Rühlungen 20 E à 50, Rühlshof 300 B à 35, 1000 B à 60, 200 A à 25, Rühndorf 200 B à 40, 1200 B à 45, 10 E à 150, 20 E à 50, Ravensburg 200 B à 45, Rühlia 200 A à 25, Saalfeld 20 E à 50 A, Stabilim 200 B à 35, 10 B à 60, 10 E à 150, Straburg i. Gf. 8000 B à 60, 800 B à 45, 800 E à 35, 800 A à 25, Schwerin i. M. 800 A à 25, 2000 B à 55, 20 E à 50, 5 E à 150, Sehl 300 B à 40, 100 A à 25, Stargard i. Pom. 15 E à 50, 200 B à 45, Eigen 100 E à 50, Seithin 20 E à 50, 20 E à 150, Stendal 2000 B à 50, 100 A à 25, 30 E à 50, Schweligen 100 B à 30, Seelen 200 B à 35, Seifhitz 100 B à 60, Schmobach 400 B à 50, 300 B à 45, 200 A à 25, Seidpflur 100 A à 25, Seidmühl 100 A à 25, Seidwitz 10 E à 150, Straburg i. Wehr. 100 A à 25, Seidwitz 100 A à 25, 20 E à 50, 5 E à 150, Seidwitz 5 E à 150, Stralsberg 100 B à 45, 100 A à 25, 100 B à 30, Seidberg 50 A à 25, Seehausen (Banzenle) 400 B à 45, Seidberg 500 A à 25, 25 E à 50, 10 E à 300, 10 E à 150, St. Johann 100 E à 150, 400 A à 25, Seidungen 100 B à 35, 400 B à 45, Seide 200 B à 45, Seidow 50 B à 70, 50 B à 50, Seidja 1000 B à 40, Seidow 100 B à 40, 600 B à 45, 50 K à 10, Schwartau 50 B à 40, 10 E à 25, Schoppentz 200 B à 45, 100 A à 25, Seidberg 100 A à 25, Seidlings- furt 10 E à 50, 150 B à 30, Seidow 2000 B à 35, Seidow 1000 B à 35, 15 E à 50, 200 A à 25, Seidenhagen 800 B à 40, 8 E à 50, Seidberg 400 B à 40, 20 E à 50.

Tierow 2 E à 150 A, Treuenbriegen 200 B à 45, 100 A à 25, Tauda 5 E à 50, 2 E à 300, Tiffel 50 E à 50, 800 A à 25, Tüchel 30 E à 50, 100 A à 25.

Westerheide 50 A à 25 A, Westphalen 5 E à 50, 170 B à 35, Wurzen 20 E à 50, Wöngrowitz 50 A à 25, Walters- hausen 10 E à 50, Wilsnad 600 B à 45, Wabbein 10 E à 50, 5 E à 150, 2 E à 300, Westphalen 10 E à 50, 200 A à 25, Wilschaden 10 000 B à 60, Wölsingrode 20 B à 50, Wilschshaven 10 E à 300, Waldenburg i. E. 1000 B à 30, Werrigerode 500 A à 25, Wittenberge 10 E à 150, 60 B à 35, Wriegen 200 B à 65, Wollin i. E. 100 B à 35, 100 B à 40, 100 B à 55, Waldenburg i. Schl. 100 E à 50, 2000 B à 45, 300 A à 25, Weida 100 B à 40.

Zarrentin 200 B à 40 A, 100 A à 25, 2 E à 150, Zwidau 8000 B à 55, 800 A à 25, Zoffen 200 B à 60, Zielzig 600 B à 30, 10 E à 50, 10 E à 150, Zeilin 50 B à 35.

Mit Verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen V. Schöps-Nordheim (Verb.-Nr. 465 627), Aug. Heiland-Höstenleben (803 264), Albert Trübenau-Helmstedt (835 227), Joh. Stollinger-Meigsburg (866 267), Paul Hlegner- Diegnitz (116 344), Hub. Thom-Gien (195 819), Kurt Kraft- Renig (216 432), W. Franke-Mulle (298 222), St. Gommuls- Wöngrowitz (20 078), Herm. Schulz-Coburg (121 453), Karl Dreier-Gellichken (15 903), Carl Freiberg-Gastl (Rarten-Nr. 39 014), W. Werner-Caufel (112 291), Wilh. Korde-Rühroxt (54 780), Alb. Kriger-Döhlen (80 288), Otto Woodhals- Hildersdorf (80 420), Wilh. Brand-Dörbe a. S. (93 091), Paul Seib-Diegnitz (012 027), Paul Nickel-Seibin (100 567), Aug. Heide-Teichendorf (108 949), Aug. Strauß-Rühroxt i. Pr. (80 831), Fr. Röhnd a. S. (129 446), Dr. Romacke- Gleiwitz (284 172), W. Schneider-Plauen (328 391), Alb. Curt Müller-Plauen (Rarten-Nr. 10 218), G. Müller-Leipzig (384 341), Herm. Weymann-Hamburg (203 294), Carl Müller- Wampein (281 859), G. W. Müller-Karlshöhe (286 052), Carl Schloffer-Berlin (412 156), Fritz Seile-Berlin (815), E. Wuppert- Wänden (228 676), W. Werrt-Wänden (265 410), S. Wanger- Wänden (263 581), W. Seyler-Frankfurt a. M. (806 895), W. Müller- Gantpalle (319 651), Mich. Müller-Dresden (Rarten-Nr. 5570), Wilh. Hyronimus-Waig (Rarten-Nr. 7907), R. Gölbert- Gera (116 443), R. Wenz-Sonderburg (186 217), Heint. Wenz- Hannover (217 857), Joh. Dietrich-Hamm (283 763), W. Wilsch- Oberfriesdorf (411 237).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37a des Statuts vom Zweigverein Kien: Karl Richter (Verb.-Nr. 244 138), Coswig: Karl Babel (174 778), Richard Richter (61 576), Karl Ratho (351 264), Franz Wawrowski (351 274), J. Hebe, J. Manbigho (114 720), Essen: Louis Schide (488 761), Wilhelm Seife (496 771), Rühroxt: Johann Schneider (226 249).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüh- rühiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Gestohlen ist das Mitgliedsbuch Nr. 346 682, lautend auf den Namen Hermann Fischer. Der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, richtet sich gegen den Maurer Hermann Schneider. Das Buch ist anzufallen und uns zuzufinden.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Zeheoe: Karl Dill (Verb.-Nr. 281 218), Gottlieb Waltrupp (212 043), Walter Köpfer (Rarten-Nr. 9764), Robert Wiedemann (164 283), D r t i n u d: W. Erdmann, geboren am 12. Dezember 1873 zu Danzig (152 040).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mit- teilung zu machen. **Der Verbandsvorstand.**

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fach- organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Carl Schwarz t.

Kurz vor Schluß des Blattes ging uns die Mitteilung zu, daß unser Kollege Carl Schwarz, der frühere Gauleiter von Ost- und Westpreußen, am 11. Mai in den Morgenstunden im Lohmühlenkrankenhaus zu Hamburg seinem schweren Leiden erlegen ist. Die Beerdigung soll Freitag, den 14. Mai, erfolgen. Was Carl Schwarz der deutschen Arbeiterbewegung in langen Jahren, teilweise auf weit vorgeschobenem Posten, an Diensten geleistet hat, soll in der nächsten Nummer seine Würdigung erfahren.

Vergeltung. Nach vieler Mühe ist es endlich auch hier gelungen, einen Zweigverein unseres Verbandes zu gründen. In einer Arbeiterversammlung am 8. Mai machte Kollege Koch-Hamburg die Anwesenden mit den Aufgaben des Verbandes vertraut. In feierlichen Worten forderte er die Erschienenen auf, nun auch mit ganzer Kraft für unsere Sache einzutreten, um auch hier eine recht notwendige Auf- befferung der Lebenshaltung zu erzielen. Die Hauptbedin- gung sei eine gute Organisation, die zu schaffen, sei Auf- gabe aller Kollegen. Alle Anwesenden erklärten sich, soweit sie noch nicht Mitglieder des Verbandes waren, bereit, diesem beizutreten. Auch einige Kollegen, die dem Zim- mererverband angehören, verpflichteten sich, überzutreten. Nachdem noch die Vorstandswahl erledigt und beschlossen war, außer 25 pro Quartal für Kolportage des „Grund- stein“ noch einen Forderungsbeitrag von 5 J zu erheben, fand die Versammlung ihr Ende.

Dresden. In der Mitgliederversammlung nahm zu- nächst einen Vortrag des Redakteurs Albert über die Auf- gaben des Maurers als Arbeiter und Staatsbürger ent- gegen. Darauf verlas Kollege Jünke die Urrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 2 207,32, die Einnahme für die Kassa 15 823,38, die Ausgabe für die Kassa 18 560,15. Der Kassenbestand beträgt 13 778,24. Auf Antrag der Redaktoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Danach wies Kollege Bachmann auf die Bedeutung des 1. Mai hin. Eine vom Vorstand vorgelegte Resolution, in der jedem Kollegen zur Pflicht gemacht wird, den 1. Mai durch Arbeitserweise zu begehen, dem es möglich ist, ohne große wirtschaftliche Opfer zu bringen, wurde von der Versam- mlung abgelehnt. In der Diskussion erklärten die berufli- chen Redner, in Anbetracht der großen wirtschaftlichen Depression würde sich nur eine geringe Anzahl Kollegen daran halten und wir würden uns nur vor der Defensiv- lächerlichkeit hüten. In die Bauarbeiterkassensam- mung wurde an Stelle des Kollegen Diebstahl, der an den Sitzungen nicht teilnahm, Kollege Jünke gewählt. Dann be- schäftigte sich die Versammlung mit der Beschaffung der gewerkschaftlichen Unterzeichnungsliste. Der Vorstand empfahl, die beiden Kollegen Krügel und Schiffer dazu vorzuschla- gen. Die Versammlung entschied sich jedoch für den Kol- legen John. Die Kollegen Rabat und Piesonta waren her- scheidende Male ausgefordert worden, in die Vorstandssitzung zu kommen, hatten aber der Aufforderung nicht entsprochen. Sie waren jetzt in die Versammlung gekommen, um sich gegen den Antrag des Vorstandes auf Ausschluß zu ver- wehren. Die Versammlung beschloß, daß sie zur Vor- standssitzung gehen müßten, sonst müßten sie die Kon- sequenzen hinnehmen. Kollege Bachmann gab dann noch die veränderte Bureaupost (vorm. von 9 bis 11 Uhr und nachm. von 6 bis 7 Uhr) bekannt und ersuchte die Kollegen, ihre Beiträge bei den Hilfskassieren zu bezahlen.

Burgtheide. Am 4. Mai tagte im Lokale des Herrn Hingst eine monatliche Mitgliederversammlung. Der Vor- sitzende berichtete über unsere Arbeitserweise. In unserer Vertragsunterkunft haben wir 55 3 Stundenlohn verdient. Nummer wurde uns vom Obermeister Conrad mitgeteilt, daß die Unternehmer keine Lohnerschöpfung bewilligen wol- len, weil sie die Warten noch zu den niedrigen Preisen an- genommen hätten. Aber sie wollen auch die Lohnkommission nicht anerkennen, sondern einen Gesellenauschuss wählen

lassen. Dies Anerbieten wurde in der Versammlung rundweg abgelehnt. Die Arbeitslosigkeit ist gut, so daß ans die Unternehmer wohl doch noch etwas entgegenkommen müssen. Unsere Forderung ist wahrhaftig nicht übertrieben. Die reisenden Kollegen mögen dies berücksichtigen und einwirken von Buthöhe fortbleiben.

Dortmund und Umgegend. Am 5. Mai hielt der Zweigverein seine Generalversammlung zu Dortmund im Gewerkschaftshaus ab. Anwesend waren 41 Delegierte. Hieron waren aus der Stadt acht, vom Lande nur einer mit ihren Lokalbeiträgen rüchständig. Nach dem Bericht des Vorstandes fanden im Berichtsquartal eine erhebliche Anzahl von Versammlungen, Sitzungen und eine Sitzung der Schlichtungskommission statt. Die Innehaltung des Tarifvertrages läßt in unserem Zweigvereinsgebiete viel zu wünschen übrig. Die Schlichtungskommission funktionierte in einigen Bezirken auch schlecht. Die Agitation unter den Zementarbeitern brachte im ersten Quartal keine Erfolge. Die Kollegen, die in der Zementbranche arbeiten, lassen sich nicht zur Sektion überführen. Mit der Sektion der Fliesenleger können wir gutreden sein. Der vom Zweigvereinsvorstand ins Leben gerufene Unterrichtskursus ist im Anfang des Monats März sanft entfallen. Die Mitgliederzahl in den Zählstellen ist bis auf einige zurückgegangen. Einen guten Fortschritt hat die Zählstelle Camen aufzuweisen. Bei der Baukonjunktur, die in den nördlichen Zählstellen vorhanden ist, werden wir in diesem Jahre noch eine ganze Reihe von Kollegen der Organisation zuführen können. Schlecht sieht es mit dem Bauarbeiterstand aus. Das Versammlungswesen bedarf, der großen Mängel wegen, einer ganz neuen Regelung. Der Kolonnenbericht lag sämtlichen Delegierten zur Einsicht vor. Die Mitgliederzahl im Zweigvereinsgebiet betrug am Schlusse des Quartals 1185. Hieron entfallen auf die Zählstellen 498. Aufgenommen sind 77 Kollegen. Im Rechnungsquartal sind 525 Markten verbracht worden. Die Hauptlaste schlägt in Einnahme und Ausgabe mit A 2839,70 ab. Die Einnahme der Lokalfasse stellt sich auf A 2117,87, dazu der Bestand vom vorigen Quartal von A 18 915,44, ergibt eine Gesamteinnahme von A 16 033,31; die Ausgabe beträgt A 8021,89, bleibt ein Lokalfassenbestand von A 18 011,42. Der Kassierer legte über den Mißmut der Kollegen bei der Beitragszahlung, auch ging er näher auf die Opposition gegen die Beamten ein und betonte, daß dies niemals zu einem guten Gedeihen der Organisation führen könne. In der Diskussion wurden Stimmen für den Austritt aus dem Gewerkschaftsartikel laut. Kollege Bömelburg befruchtete die Notwendigkeit der Partelle, und so blieb es denn beim alten. Auf Antrag des Revisors Weisbeide wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Da das Zweigvereinsregulativ am Schlusse des ersten Quartals angenommen worden ist, fanden heute nur noch drei Punkte zur Beschlusfassung. Kollege Gerhard betrug den § 10 in seiner neuen Fassung. (Entrichtung von 10 A Lokalzuschlag pro Woche für das ganze Jahr.) Ein großer Teil der Delegierten befruchtete den § 10 in seiner neuen Fassung; er wurde mit 24 gegen 12 Stimmen angenommen. Ueber die §§ 17 und 18 (Entschädigung der Zählstellenvertreter) gab es eine sehr lebhaft Diskussion. Es lagen drei Anträge vor. Es wurde beschlossen, die Sätze auf dem Lande beim alten zu lassen und für den Vorstand in der Stadt 50 A Sitzungsgelder zu zahlen. § 24, der weniger von Bedeutung war, wurde einstimmig angenommen. Zur Gaukonferenz machte Kollege Nießau den Vorschlag, drei Kollegen vom Lande und zwei Kollegen von der Stadt dorthin zu delegieren. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Kollege Pfaffenberg beantragte, die Gaukonferenz zu beauftragen, dahin zu wirken, daß ein Lokalzuschlag von 10 A im ganzen Gau und für alle Zweigvereine obligatorisch einzuführen sei. Ueber: „Die allgemeine Lage in der Organisation“ referierte Kollege Bömelburg. Er streifte kurz den Ausgang der letzten Lohnbewegung und die Gründe, weshalb, nicht mehr zu erreichen war. Seine gefälligen Ausführungen fanden bei den meisten Delegierten guten Boden; einige jedoch schlugen die dringenden Mahnungen in den Wind und, statt die Notwendigkeit des einmütigen Handelns zu betonen, gaben sie selbst darin ein schlechtes Beispiel. Wir hoffen, daß es keine Nachahmung finden wird, daß sich vielmehr die Masse der Kollegen das zur Richtung nehmen wird, was Kollege Bömelburg in seinem Schlussworte sagte: Mit neuem Mut muß es an die Arbeit gehen. Die hiesige Bewegung wird der Brennpunkt der Kämpfe sein, und hierzu gehört ein guter Boden in der Organisation. Darum, Kollegen, feht in das Werk!

Dresden. In unserer Mitgliederversammlung am 20. April hielt Arbeitsekretär Ranke einen Vortrag über: „Heinrich Heine und seine Werke“, er schilderte Heine als Dichter, Denker und Mensch. Darauf berichtete Kollege Barth von der Sperre bei Ritter, wo die Arbeit wegen schlechter Behandlung seitens des Bauherrn und Posters niedergelegt wurde. Jetzt, nach der Sperre, benehmen sich Herr Ritter und der ausführende Polier Weyer viel humaner. Außerdem gibt es in Dresden Poliere, die Bauten von Unternehmern in Afford übernehmen und dann unsere Kollegen tüchtig abschinden. Der bekannte Polier Weisbeide ist in Verdacht, auch ein solcher zu sein. Die Kollegen mögen wasjam sein, um bei günstiger Gelegenheit mit dieser Sorte von Polieren abzurechnen. Die Quartalsabrechnung gab der Kassierer, Kollege Bürger. Die Hauptlaste schloß mit einer Einnahme und Ausgabe von A 8486,20. Die Lokalfasse hatte mit dem Kasfenbestand eine Einnahme von A 106 968,66 und eine Ausgabe von A 9228,02, es bleibt ein Kasfenbestand von A 97 740,54. In der Debatte über die Abrechnung verlangte Kollege Schröder Auskunft über den Posten „Gehalt und Lohn“, der scheint ihm zu hoch. Kollege Nießau gab dahin Auskunft, daß die im Bureau angestellten Kollegen das Grundgehalt (pro Jahr A 2000) verdienen hätten. Hierüber entspann sich nun eine zweifelhafte Debatte. Die drei angehaltenen Kollegen erklärten der Versammlung, daß das Gehalt nach dem Verbandstagsbeschlusse zu zahlen sei. Von 125 Beamten, die im deutschen Maurerverband angestellt seien, erhielten nur die drei Dresdener Kollegen das Gehalt nicht. Sie müßten dasselbe fordern. Anmieten sich die Dresdener Kollegen durchaus nicht damit abfinden, so sollten sie die Posten mit andern Kollegen belegen. Die Kollegen Trostsch, Follenberg, Lehmann und Schulze sprachen dafür, daß sich die Dresdener Kollegenchaft

endlich dazu bereit erkläre, die Verbandstagsbeschlüsse auch in dieser Frage einzufassen. Die Kollegen Nikolaus, Seibel, Meißner und andre sprachen dagegen. Die einen wollten einen Zweigvereinsstag einberufen, der Beschluß darüber fassen sollte, andre verlangten, das Gehalt sei wieder an die Lokalfasse zurückzugeben, bis von der nächsten stattfindenden Versammlung ein endgültiger Beschluß gefaßt sei, ob der alte Beschluß der Dresdener Versammlung von 1907 aufgehoben sei. Es wurden auch dementsprechende Anträge gestellt, die aber nicht zur Abstimmung gelangten; denn die Versammlung beschloß wie das Hornberger Schießen. Die nächste Versammlung wird sich nochmals mit dieser Frage befassen müssen.

Bestfervitz. Unsere Lohnbewegung ist nun abgeschlossen. Der am 1. April ablaufende Vertrag ist nach langwierigen Verhandlungen erneuert worden. Die Haltung der Unternehmer war sehr wechselhaft. Erst einigten wir uns bis auf die Bestimmungen über die Zulagen bei auswärtigen Arbeiten, dann gogen die Unternehmer plötzlich wieder alle Zugeständnisse zurück und kündigten die Lohnherabsetzungen an. Am 4. April kam es dann aber doch zu einer Einigung. Der Stundenlohn beträgt 40 A, daneben ist eine Zulage für auswärtige Arbeiten vereinbart worden. Der Vertrag gilt bis zum 1. April 1911. Während dieser Verhandlungen, die manche Versammlung nötig machten, war das Interesse der Kollegen sehr reg; die Versammlungen waren stets gut besucht. Leider hat dieser Eifer jetzt nachgelassen; unsere Versammlung am 25. April war sehr schlecht besucht, nur 96 Mitglieder waren nur 21 erschienen. Das ist ein schlechtes Zeichen. Hoffentlich erinnern sich die Kollegen ihrer Pflicht wieder.

Blauen i. W. Am 28. April Bericht eingegangen am 8. Mai) sagte im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Schürz referierte über die Aufgaben, die wir in der nächsten Zeit zu erfüllen haben. In seinem Referat ermahnte er die Kollegen, fester denn je zusammen zu halten, die Kollegialität zu pflegen und überall, wo es irgend zugänglich ist, das Bauarbeiterwesen einzuführen. Hierauf wurde der Kasfenbericht für das erste Quartal gegeben. Die Hauptlaste hatte eine Einnahme von A 754,67, die Lokalfasse eine Einnahme von A 1758,45 und eine Ausgabe von A 1016,87. Zur Maifeier wurde ein positiver Beschluß nicht gefaßt. Den Kollegen ward anheimgegeben, überall bei ihren Unternehmern vorstellig zu werden, um die Freigabe des Weltfeiertages zu erlangen. Wo dies nicht erreicht wird, sollte man wenigstens versuchen, die Zeit zur Feiertagsfeier frei zu bekommen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde das Verhalten einiger Indifferenten einer scharfen Kritik unterzogen. Diese machen es sich zur Aufgabe, unsere Kollegen zu denuncieren und sie so aus der Arbeit zu bringen. Ferner wurden die Aborte und Baubuden auf verschiedenen Bauten bemängelt, die bestehen, obwohl der Beauftragte von der Berufsgenossenschaft erst kürzlich kontrolliert hat. Des weiteren wurde auf die Jugendorganisation hingewiesen. Die Kollegen sollen die Verbringer möglichst anhalten, dieser beizutreten. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch bekannt, daß am 15. Mai unser Frühjahrsbergnügen stattfindet.

Wittenberge. Am 4. Mai tagte eine außerordentliche Generalversammlung, in der der Gauleiter, Kollege Silber-schmidt, anwesend war. Kollege Silber-schmidt erläuterte den § 5 des neuen Lohnvertrages dahin, daß in den Zählstellen, wo die Affordarbeit nicht besteht und wo sie durch unsere Organisation für die Mitglieder verboten ist, die Unternehmer kein Recht haben, um die Affordarbeit auszufrängen und die Kollegen deswegen zu entlassen. Kollege Silber-schmidt rügte sehr scharf das Verhalten der drei Kollegen, die bei Kort in Afford schufteten. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Darauf wurde der Beschluß der drei Kollegen Wastow, Koser und Reinte beschlossen. Am 19. Juni soll das 15. Stiftungsfest in der Zentralhalle gefeiert werden. Zu der Lokalfasse erinnerte der Vorsitzende daran, daß Kollegen, die in andern Lokalen getroffen werden, mit Ausschluß bestraft werden. Das frühere Mitglied Heinge hat sich wieder zur Aufnahme gemeldet. Zum Schluß wurde beschlossen, daß die Kollegen, die im Jahre weniger als sechs Versammlungen besuchen, die Karenzzeit bei der Krankenunterstützung nicht bezahlet bekommen.

Berichtigung. In dem Artikel über unsere österr-eichische Bruderorganisation in der vorigen Nummer ist in der ersten Tabelle, letzte Rubrik, das Wort Kronen von uns un-recht eingefügt worden. Die Pfosten bedeuten die geleisteten Wochenbeiträge, nicht die Summe der Einnahmen.

Fliesenleger.

Strasburg i. Elß. Wie schon kurz gemeldet, sind am 3. Mai die Plattenleger in den Streik eingetreten. Sie wollten sich vor allem wieder geregelte Arbeitsverhältnisse erkämpfen. Von den Unternehmern war der alte Vertrag gekündigt, er lief am 1. April ab. Die Unternehmer stellten als Grundlaste für die neuen Verhandlungen die Forderung, daß sich die Plattenleger mit einer Herabsetzung sämtlicher Vertragsätze einverstanden erklären sollten. Darauf konnten die Kollegen unmöglich eingehen. Sie waren bereit, Änderungen an dem alten Vertrag vorzunehmen, die dessen Positionen genauer präzisieren, um Streitigkeiten in Zukunft zu vermeiden. Die Unternehmer erklärten darauf, daß sie unter diesen Umständen in keine Verhandlungen eintreten würden. Aus diesem Grunde haben die Plattenleger seit dem 1. April ohne Vertrag gearbeitet. Die Arbeitslosigkeit ist jetzt gut; die Unternehmer haben auch bis jetzt nach dem alten Vertrage weiter bezahlet. Mit dem Augenbilde aber, wo die Arbeitslosigkeit schlechter wurde, hätten sie die Preise gedrückt. Dies ging aus dem ganzen Verhalten der Unternehmer hervor. Diesen Plan haben die Plattenleger durchschaut und sie haben jetzt in der Zeit, wo die Arbeit bei den Unternehmern drängt, die Arbeit eingestellt. Die Ausführenden für die Plattenleger sind günstig. Am Neubau der Kaserne und am Spital drängen die Arbeiter. Die Unternehmer werden alles mögliche versuchen, Plattenleger von aus-

wärts zu bekommen. Glück werden sie damit nicht viel haben. Sollte es ihnen aber in einzelnen Fällen gelingen, so gilt es, diese Arbeiter wieder fortzuschaffen. Vor allem liegt es aber auch an den Kollegen der andern Städte, daß sie ebenfalls ein wasjames Auge haben und alles, was auf diese Sache Bezug hat, nach hier berichten. Gesehiet dies und tun die Kollegen von Strasburg ihre Pflicht, so muß es gelingen, den Kampf siegreich zu beenden.

Holierer und Steinholzleger.

Bestln. Die hiesigen Steinholzleger hielten am 5. Mai eine Versammlung ab. Der Kassierer erstattete den Kasfenbericht des ersten Quartals. Nachdem von den Revisoren die Richtigkeit bestätigt war, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Der Bericht der Lohnkommission wurde zurückgestellt; er soll in einer Extraversammlung, Donnerstag, den 13. dieses Monats, erstattet werden. Alsdann verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben der Geschäftsleitung, worin darauf hingewiesen wurde, daß die Hamburger Unternehmer auch jetzt noch jede Verhandlung mit den Ausgeperrten ablehnen und bedingungslose Anerkennung ihres Mustertarifs verlangen. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß die Hamburger Holzierer nunmehr erst recht in ihrem Widerstand beharren müssen und unter keinen Umständen, wenn auch der Kampf noch monatelang währen sollte, bedingungslos die Arbeit aufnehmen dürften. Dieser Sorte Ausbeuter müsse gezeigt werden, daß die Solidarität für uns Arbeiter kein leerer Wahn, sondern bitterer Ernst ist. Die Ausführenden werden für uns infolge der besseren Baukonjunktur, welche jetzt überall zu verzeichnen ist, von Tag zu Tag besser, und mit den paar „Arbeitswilligen“ können die Unternehmer durchaus keinen Staat machen; denn die Mehrzahl derselben ist der Arbeit bei weitem nicht gewachsen. Die Auftraggeber, die jetzt noch darüber hinfsehen, werden sich auf die Dauer die Fuchshereien nicht gefallen lassen; denn es geht an ihren Geldbeutel. — Durch die Kontrolle ist festgestellt worden, daß am 1. Mai die Arbeit in allen Betrieben vollständig geruht hat.

Bremen. Die Generalversammlung am 2. Mai war nur mäßig besucht. Der Kassierer gab den Kasfenbericht; da auch die Revisoren ihre Pflicht noch nicht erfüllt hatten, wurde beschlossen, die Generalversammlung auf die nächste Versammlung zu verlegen und sämtliche Mitglieder schriftlich einzuladen. Ferner wurde den Kollegen B. Niemann und Schröder das Mitgliedsgehalt gewährt. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, schriftlich zu mahnen. Dann wurde über die Wiedererfassung des Kollegen Feinr. Niemann aus Gelle verhandelt. Dieser war am 23. März von der hiesigen Zählstelle aus dem Verbands ausgeschlossen. Da aber sein Verhalten in der letzten Zeit nicht entsprechend war, so wurde die Wiedererfassung einstimmig verweigert. Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die Generalversammlung Sonntag, den 16. Mai, stattfindet; da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

Sannover. Am 8. Mai hielten die Holzierer ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Der Besuch war leider sehr schwach, und es wäre wohl zu wünschen, daß die Holzierer gerade in dieser kritischen Zeit mehr Interesse zeigten, denn es ist ihre Sache, die dort verhandelt wird. Zu dem Rundschreiben der Geschäftsleitung über die Aussperrung der Hamburger Holzierer waren die Anwesenden der Ueberzeugung, daß es die Pflicht der Hamburger Kollegen ist, in diesem Kampfe auszuhalten und daß sich dann auch die Mittel finden müssen, um sie zu unterstützen. Es wurde beschlossen, zu Sonnabend, den 15. Mai, präzise 7 1/2 Uhr, eine außerordentliche kombinierte Versammlung einzuberufen, die sich nur mit dieser Sache zu befassen hat und zu der die in Frage kommenden Vorstände anderer Organisationen sowie auch die Kollegen nochmals schriftlich einzuladen sind. Hierauf wurde die Lokalfasse angeregt, jedoch nicht entschieden, sondern bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Ebenso kamen verschiedene Mißstände bei den Sannoverischen Holzwerkern zur Sprache. Auch diese Sache wurde auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt. Am dritten Pfingsttage, also am 1. Juni, vor mittags 9 Uhr, findet eine außerordentliche kombinierte Generalversammlung statt. Mitgliedsbücher, auch von den in andern Verbänden organisierten Kollegen, sind mitzubringen. An alle Bauhandwerker richten wir die Bitte, Holzierer und Steinholzleger (Veger fugenloser Fußböden), wo sie solche antreffen, auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Das Versammlungslokal ist beim Kollegen Gniffte, Grünstraße.

Ungetreue Kassierer.

Die Maurer Michael Dorfner und Ludwig Held unterzogen als Hilfskassierer ersterer in Reinhausen A. 295,65, letzterer in Abbach A. 16,45. Dorfner erhielt vom Bankgericht Regensburg drei Wochen und Held zehn Tage Gefängnis dafür.

Bautätigkeit und Maurerorganisation in München.

Ein charakteristisches Bild über die Bautätigkeit in München bietet nachstehende Statistik, die unsern Kollegen zu eingehendem Studium dringen, zu empfinden ist. Die Statistik, die elf Jahre umfaßt und in der Durchschnitserrechnung noch weiter, bis in das Jahr 1891, zurückgreift, beweist zahlenmäßig, welche gewaltige Umschichtung in der Bautätigkeit nach der von 1895 bis 1900 dauernden glänzenden Periode eingetreten ist. Dazu ist weiter zu bemerken, daß sich in der Zeit von 1900 bis 1908 die Bürgerdienstliche Münchens um 1825 ha vergrößert hat und daß die Einwohnerzahl von 490 000 auf 560 000 gestiegen ist. Nicht man letzteres in Betracht, so wiegt der Rückgang der Bautätigkeit noch schwerer, man möchte einen berartigsten Rückgang überhaupt nicht für möglich halten. Das hier bearbeitete Material stammt jedoch aus amtlichen Quellen und ist vollständig zuverlässig.

Die Bautätigkeit in München 1897 bis 1908.

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Arbeiter, Zahl der Gebäude, Zahl der Quadratmeter, Zahl der Wohnungen. Rows for years 1897-1908 and a summary row 'Durchschnitt pro Jahr'.

Nach den vorstehenden Zahlen wären also 1908 gegenüber 1907 um vier Gebäude mehr zu verzeichnen. In Wirklichkeit liegt jedoch das Verhältnis so, daß sich 1908 die Bautätigkeit gegen das Vorjahr noch bedeutend verschlechterte.

Die hier angeführten Zahlen bedeuten die Uebergabe oder Abnahme der fertiggestellten Bauten. Im Jahre 1907 wurden nun fast sämtliche Bauten für die Ausstellung 1908 hochgeführt, 1908 blieb größtenteils nur mehr die Fertigstellung übrig.

Das Ende des in München herrschenden Bauchwinds brachte aber erst der im Jahre 1903 erfolgte Zusammenbruch des Baugeschäfts Kuppke, wodurch die Handwerker und Geschäftleute wiederum um Hunderttausende geprellt wurden.

In den letzten Jahren hatten wir also einen kleinen Verlust an Mitgliedern, der in erster Linie der schlechten Konjunktur, weiter aber auch der unverantwortlichen Zimmerarbeit einzelner Kollegen zuzuschreiben ist.

Mittlerweile war nun, wie bereits eingangs erklärt, nach unfähiger Mühe der Zweigverein zu einem Nachschaffor herangezogen, so daß es im Jahre 1904 nach einem partiellen Streik gelang, den Stundenlohn auf 50 $\frac{1}{2}$ festzusetzen.

Sperrung, betrug der tarifliche Lohn pro Stunde 52 $\frac{1}{2}$, 1908 53 $\frac{1}{2}$ und 1907 55 $\frac{1}{2}$. Bei den Tarifunterhandlungen im vorigen Jahre wurde für 1908 ein Stundenlohn von 57 $\frac{1}{2}$, für 1909 ein solcher von 59 $\frac{1}{2}$ vereinbart.

Während also die Unternehmer die ersten Anfänge der Krise sofort zur Herabsetzung des Lohnes benutzten, gelang es dem deutschen Maurerverband gerade zur Zeit der schwersten Krise, innerhalb vier Jahren die Münchener Maurerschaft aus geradezu unumwundenen Verhältnissen emporzuheben und den Stundenlohn um circa 14 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen.

Wer trotzdem nicht einsehen will, daß wir alle der Organisation zu dank verpflichtet sind, wer heute noch nicht begreift, daß trotz aller Unfeindlichkeiten der Zentralverband der Maurer Deutschlands den richtigen Weg marschiert, dem ist überhaupt nicht zu helfen.

Darum hinweg mit jedem Mißtrauen, mit der Zerstörung in unsern eignen Reihen! Wir gehen ersten Zeiten entgegen. Wollen die Münchener Kollegen, daß wir auch in Zukunft kampfbereit dastehen und die Interessen der Kollegen richtig vertreten können, dann müssen wir alle dafür sorgen, daß wir uns einig sind, und nicht durch Brüderzweifel oder Interesslosigkeit die Geschäfte der Unternehmer besorgen.

Darum rufe ich den Kollegen zum Schluß zu: sei sich jeder von uns dessen bewußt, daß wo Rechte sind, auch Pflichten erfüllt werden müssen. Aber von uns selber keinen Mann! Bauen wir unsern Zweigverein sowohl nach innen, wie nach außen noch mehr aus, und die Kollegen Münchens werden wie bisher auch in Zukunft jeder Gefahr trocken und ihre Position zu verteidigen wissen.

Warnung vor der Firma B. Siebold & Co., A.-G.

Diese Firma, deren Sitz in Solzminnen ist, übernimmt besonders größere Erd- und Sanitationsarbeiten; in diesem Zweige der Bauunternehmung ist sie schon ziemlich bekannt geworden. Allerdings nicht zu ihrem Vorteil.

Belanntmachung.

Die unterzeichnete Firma B. Siebold & Co., A.-G. bringt hiermit den beim Kalsperrenbau Maurer a. Wobler in Arbeit befindlichen und noch in Arbeit tretenden Sandbohrern, Maurern, Zimmerleuten und Tagelohnarbeitern folgendes zur Kenntnis:

- 1. Die Löhne der Rotomotorenführer, Schmiebe, Schläfer, Maschinenwärter usw. bestimmen sich nach den Leistungen der betreffenden Personen und nach noch zu treffenden Spezialvereinbarungen.
2. Für die Maurer ist ein Durchschnittslohn von 43 $\frac{1}{2}$ pro Arbeitsstunde festgesetzt worden.
3. Für Winreure ist der niedrigste Lohn mit 33 $\frac{1}{2}$ pro Stunde angesetzt.
4. Für sämtliche Tagelöhner, einzelst, ob sie in den Steinwänden, Steinbrüchen, Mörtel- oder Kalkbetrieben oder sonstwo beschäftigt werden, ist der Lohn auf 30 $\frac{1}{2}$ pro Stunde durchschnittlich festgesetzt.

Die Festsetzung des Lohnes erfolgt hiernach nach Ablauf der ersten Zahlungsperiode und behält Gültigkeit für den ganzen Sommer 1909, sofern nicht bei den betreffenden Maurer, Arbeiter pp. Veränderungen in seinen Leistungen eintreten. Treten solche Veränderungen im Laufe des Sommers ein, so wird dem Betroffenen vor Beginn einer neuen Lohnperiode von der Veränderung des Lohnjahres Mitteilung gemacht werden und es steht alsdann dem Betroffenen frei, sich mit dieser Veränderung einverstanden zu erklären oder aus der Arbeit auszuscheiden.

Der Lohn wird jedesmal am Sonnabend nach 14 Tagen bezahlt und erhält jede Person in der Lohnhöhe das Geld ausgehändig. Sollten sich in den Lohnungen irgendwelche Differenzen ergeben, so hat der Betroffene am Montag nach dem Lohnstage sich beim Vertreter der Aktiengesellschaft zu melden, welcher die Prüfung der Befehle vorzunehmen und eventuell zu wenig bezahlte Arbeitsstunden nachzahlen oder sonstige Differenzen erledigen wird.

Diese Belanntmachung hat Gültigkeit für die Zeit vom 18. April 1909 bis zur Einstellung der Maurerarbeiten im laufenden Jahre und treten nach dieser Einstellung die Winterlöhne für 1909/10 ein.

Die Abrechnung des christlichen Bauarbeiterverbandes

Wenn der Firma solche Manieren abgewöhnt werden sollen, so müssen die Arbeiter sie meiden. Besonders hat sie es auf ausländische, italienische Arbeiter abgesehen. Wir raten entschieden davon ab, zu solchen Bedingungen in Arbeit zu treten, und bei der gegenwärtigen Konjunktur im Baugewerbe kann das auch wohl durchgeführt werden.

Die Abrechnung des christlichen Bauarbeiterverbandes

hatten wir in Nr. 17 besprochen und dabei unser Bedauern darüber geäußert, daß der Bestand der Kassen am Schluß des ersten Halbjahres in der Abrechnung von diesem Halbjahr mit A 114 443,96, in der Abrechnung vom zweiten Halbjahr mit A 112 055,24, also um A 2388,72 niedriger angegeben war. Die „Baugewerkschaft“ hält das jetzt auf. Soweit wir uns aus ihren Darlegungen ein Bild machen können, verhält sich die Sache so: In der Abrechnung werden die Bestände sämtlicher Kassen aufgeführt, ganz gleich, ob die Verwaltungen abgerechnet haben oder nicht.

Bei dieser Gelegenheit sei uns eine kurze Replik gestattet. In unrer Bemerkung, daß der christliche Verband die Krise ziemlich gut überstanden habe, hat die „Weldende Arbeiter-Zeitung“ einen Mißbrauch gegen Ansicht angedeutet, die der Schreiber dieses vor längerer Zeit in der Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie über die Ausschreitungen der gewerkschaftlichen Agitation entwickelt hat. Es hieß in jenem Artikel der „Neuen Zeit“, daß die freien Gewerkschaften die Krisis besser überleben würden als die christlichen und Christen-Dunderluden, weil ihre Mitglieder die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation unter weit höheren Gesichtspunkten erfassen.

Das Fliesenlegergewerbe in den Vereinigten Staaten.

Ein deutscher Kollege in America schreibt uns: Es dürfte für die deutschen Fliesenleger nicht uninteressant sein, etwas über ihre Berufsverhältnisse in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, den „United States“ zu erfahren. Da ich lange Jahre in Deutschland als Fliesenleger tätig war, sowie auch hier drüben eine gute Spanne Zeit, so glaube ich eine objektive Anschauung über diesen Beruf geben zu können.

In den Vereinigten Staaten existiert eine sogenannte „International Tile Layers and Helpers-Union“, der fast jeder Fliesenleger oder Helfer unbedingt anzugehören hat. Dieser „International“ bezieht sich aber nur auf die U. S., hat also mit den übrigen Ländern nichts zu tun. Wenn ein Fremder, z. B. aus Europa, zugereist kommt, so ist das nicht wie in Deutschland, daß man ihn hilflos und brüderlich als organisierten Kollegen aufnimmt und ihn in den meisten Fällen, wenn er eine Unionkarte vorgezeigt kann, kostenlos überführt, sondern hier werden alle, ob organisiert gewesen oder nicht, über einen Stamm gelodert; er jeder muß fage und schreiben \$ 100, b. i. M. 420 Eintrittsgeld bezahlen. Das klingt vielleicht für manchen Kollegen ungläublich, aber es ist bittere Tatsache. Außerdem ist es vorzuziehen, daß jeder Aufnahme begehrende Kollege von zwei bereits zur Union gehörigen Kollegen vorgeschlagen wird, die für den Applicant sprechen. Sind diese formalitäten vollzogen, so muß der Applicant sofort die Hälfte des Beitrags, also A 210, bezahlen und dann wird ihm das Recht eingeräumt, sich Arbeit zu suchen, d. h. bloß zur Probe, ob er ein Fliesenleger ist. Wenn er glücklicherweise Arbeit gefunden hat, was ihm nicht sehr leicht fällt, so wird er

am ähnelten oder dritten Tage vom Tile Layer Delegate kontrolliert, der in dem nächsten Meeting (Versammlung, die wöchentlich stattfindet) über ihn Bericht erstattet. Daß es hier nicht immer unparteiisch zugeht, hat schon so mancher Kollege erfahren müssen. Fällt der Bericht zugunsten des Applikanten aus, so wird er naturgemäß in den meisten Fällen von der Versammlung als Mitglied gewählt. Nachdem bekannt ist, daß die Anwartschaft eingehängt mit der Bedingung, daß er nebst seinen monatlichen Beiträgen von \$ 1 binnen zehn Wochen seine Mitglieder-M. 210 zu entrichten hat. Fällt der Bericht aber zuungunsten des Applikanten aus, dann kann er sicher sein, daß er nicht gewählt wird, und dann kann er seinen Beruf einfach nicht ausüben, weil kein Pflichtenleger mit einem Nichtantragsmann arbeitet. Beschwerde hierüber zu führen, ist nahezu aussichtslos, und wenn sie von Erfolg ist, dann dauert es mindestens ein halbes bis ein Jahr, bis die Sache ausgefocht ist und nebenbei kostet es ein hübsches Stückchen Geld, denn „Gratz“ (Schmiergelder) ist hierzulande nichts Ungewöhnliches. Hierzu wäre noch zu bemerken, daß kein Kollege, bevor er von der Versammlung als Mitglied ernannt ist, der Versammlung Wohnen darf. Er muß draußen vor der Tür warten und wird, wenn der Baufakt vollzogen ist, hineingerufen. Für die nicht Englischsprechenden ist das vollständig überflüssig, weil sie ja doch meistens, wenn sie in den Gestaden Amerikas landen, kein Wort Englisch verstehen. Was es heißt, sich als „Grünhorn“, wie die Freisprechernannten hier bezeichnet werden, als nicht Englischsprechender Arbeit zu suchen, besonders in Pflichtenlegergewerbe, mag sich jeder Kollege selbst ausmalen. Der hohe Eintrittspreis ist aber nicht nur für Fremde, sondern jeder Tile Layer muß ihn bezahlen. Ja, sogar die Helfer-Linien verlangt denselben Eintrittspreis. Eine monatliche Fachschrift: „The Tayers and Helpers Journal“ bekommt jedes Mitglied gratis, aber nur in der Versammlung. Wenn ein Amerikaner Tile Layer werden will, so muß er unbedingt vier Jahre als Helfer arbeiten, wozu er, wie erwähnt \$ 100 bezahlen muß. Nach dieser Zeit muß er drei Jahre als Befehliger arbeiten und dann, wenn er keine Pflichtenlegerprüfung bestanden hat, muß er noch weitere \$ 50 an die Tile Layer-Union entrichten. Somit muß ein Amerikaner M. 680 bezahlen, wenn er Tile Layer werden will. Andre Bauhandwerker, hauptsächlich Maurer, werden gründlich nicht in die Union aufgenommen. Man sieht hier überhaupt nicht einen Maurer Pflichten belegen, während das in Deutschland sehr oft der Fall ist. Der Pflichtenleger hier erhält einen Tagelohn von \$ 6 bis achtundzwanzig Arbeitszeit, die Helfer \$ 3 pro Tag. Samstag Mittag um 12 Uhr ist Wochenabschluss, nachmittags darf unter keinen Umständen gearbeitet werden, auch nicht bei doppelter Bezahlung. Überstunden sowie Sonntags- und Nacharbeiten werden mit 100 Pz. Aufsicht bezahlt. Jeder Pflichtenleger hat seinen ständigen Helfer, und auch nicht die kleinsten Arbeiten dürfen ohne Helfer ausgeführt werden. Zwei Pflichtenleger darf ein Helfer nie bedienen. Bei Bodenbelägen und Arbeiten in höheren Stockwerken werden noch besondere Helfer gestellt. Das mögen sich besonders die deutschen Kollegen merken und nicht, wie es so oft vorkommt, ohne Helfer froutern, und langwichtige Tarife abschließen, worin kein Helfer vorgelesen ist, ausgenommen im Accord bei Selbstbezahlung. In dieser Beziehung sind uns unfre amerikanischen Kollegen weit über, sie lassen sich nicht von ihrem Unternehmer so geringfügig behandeln und generieren sich nicht, mit deren Worten ihr Recht zu verteidigen. Überhaupt tritt hier der Klassengegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter lange nicht so stark zutage, wie das im überfälligen Deutschland der Fall ist, wo vom Arbeiter Stabsvergehorchen verlangt wird. Da werden eben diese Seuchler und Schmeißler großgezogen, die sich als Streikbrecher und Lohndrücker vorzüglich eignen. Uffordarbeit ist verboten und Hundstehendeude werden mit Strafen belegt, ebenfalls ausgeschlossen. Für auswärtige Arbeiten wird der vollständige Board (Unterhalt) bezahlt, aber zum mindesten \$ 1 pro Tag inkl. Sonntag. Reisestunden werden mit dem Tagelohn bezahlt.

Der amerikanische Pflichtenleger ist sehr praktisch. Es wird hier sehr viel Keramik verlegt, die überhaupt meistens keines Format in Fliesen an Wand und Boden verlangt wird. Durchschnitlich wird hier, wie zum Teil auch in Deutschland, sehr geschätzt, was von den Amerikanern ja bekannt ist. Momentan berichtet hier eine ganz gedruckte Geschäftsblatte: über die Hälfte aller Pflichtenleger ist arbeitslos, und der Sommer berichtet nicht viel Besseres. Im allgemeinen möchte ich die deutschen Kollegen vor Auswanderung nach Amerika warnen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt.

Ein deutscher Kollege.

Zentralfrankenkasse. („Grundstein zur Einigkeit“.)

In der Woche vom 1. bis 8. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Hamburg M. 1100, Dranienburg 800, Mostof 200, Saarsumund 200, Wittenau 100, Zwenkau 100, GroßWartenberg 100, Seyda 100. Summa M. 2200.

Zulassungen: Charlottenburg M. 1000, Minden i. W. 800, Cöln a. Rh. 400, Neu-Langrow 250, Camsfart 200, Waldmühlbach 150, Tegel 100, Barthausen 75. Summa M. 2475.

Mitteilungen, den 8. Mai 1909.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, Überhand von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen (sachlichstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bochum. Am 6. Mai fiel ein bei der Firma Seger in Bochum ein beschäftigter Maurer infolge eines Fehltritts vom Gerüst und erlitt eine starke Verwundung der Hüfte. Ein Schutzeisenschuh war nicht vorhanden. Nur diesem Mangel ist es zuzuschreiben, daß der Unfall so schwere Folgen für den Verletzten zeitigte. — Am gleichen Tage verunglückte am Bau des Unternehmers Ottenstrover in der

Hoffebeerstraße in Bochum der Steinträger Wilhelm Dies. Durch den Bruch eines Gerüstbrettes kam er mit einer Last Steine auf den Schultern zu Fall und brach das linke Bein. — Am 8. Mai führte am Umbau des Unternehmers Schmale, Hattinger- und Diebergstraßen-Ecke, der Zimmerer Höppler beim Verschalen des neu angebrachten Turmes etwa 15 m hoch ab das Straßensplafte. Er war sofort tot. Das Gerüst, worauf Höppler arbeitete, war so primitiv, daß ein Unfall fast gar nicht ausbleiben konnte. Am den Turmbauern war an den vier Seiten ein Fußbodenbrett angenagelt und darauf einige Bretter gelegt, die einen Meter frei hinaus ragen und nach dieser Konstruktion überhaupt nicht genügend befestigt werden konnten. Ein Schutzeisenschuh oder eine Niesleue war auch nicht angebracht. Auf diesem Galgen in einer Höhe von 15 m hat Höppler für die paar Groschen Lohn dem unerfährlichen Kapital sein Leben geopfert. Eine Frau und drei kleine Kinder hielten ihren Entzähler. Die ungenügende Kontrolle der Bauten durch die Baupolizei hat sich an diesem Unfall wieder recht drastisch gezeigt. Polizeibeamte — das sind hier die Kontrolleure — partouillierten den ganzen Tag diese Straße auf und ab, ohne das Arbeiten an dieser Wertschensalle zu inhibieren. Arbeiterkontrollure müssen hier haben, damit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter mehr als bisher geschützt wird!

Hattersheim bei Höchst a. M. Am 30. April führte in Hattersheim bei Höchst a. M. an des Oelmühle ein im Aufschlagen begriffener 1800 Quadratmeter großer Raum in sich zusammen. Die Ursache des Zusammenstürzes läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen; es dürften dabei eine ganze Anzahl Umstände mitgewirkt haben. Man könnte annehmen, da am gleichen Tage auch in Frankfurt a. M. eine im Aufschlagen begriffene Ballonhalle vom Sturm umgeworfen wurde, daß auch in diesem Falle der Sturm die Ursache wäre. Dies scheint aber nicht ganz zutreffen, da die Halle in Frankfurt vollständig frei stand, während in Hattersheim das Holzwerk von einer nahezu 7 m hohen Mauer umgeben war. Es liegt hier die Vermutung sehr nahe, daß nicht genügende Abstützung die Hauptursache war, da außer dem Holzwerk auch eine circa 40 m lange, 0,40 m starke, mit Verstärkungspfählen versehene Mauer bis auf den Sockel ungefähr 6 m hoch mit umfiel. Diese Vermutung liegt um so näher, als solche Arbeiten, wie Aufschlagen schwerer Holzdachstuhlkonstruktionen, nur von geübten Zimmerleuten ausgeführt werden dürfen, aber an dieser Baustelle die Mauer und Zimmerer seit dem 22. April wegen Nichtzahlung des tariflich festgelegten Lohnes die Arbeit niedergelegt hatten und über die Baustelle die Sperre verhängt war. Dies nun leider noch sehr häufig geschieht, haben sich einige willige Elemente gefunden, die ihren Arbeitsbrüden in den Rücken fielen und im Interesse des Kapitals Arbeiten verrichteten, mit dem sie nicht vertraut waren. (Besonders sind Streikbrecher in der Regel nicht die besten Arbeiter.) So sind denn auch sechs Maurer bei dem Einsturz mit in die Tiefe gerissen worden, wovon einer mit dem Schreden davonkam, während die anderen fünf teilweise sehr schwer verletzt wurden. Aber auch dieser Schlag konnte dem Unternehmer, der übrigens als eifriger Zentrumsmann gilt, nicht bewegen, nun den Tarif anzuerkennen. Hieraus ergibt sich aber auch für Streikbrecher die Lehre, in ihrem eigenen Interesse nicht mehr zu wagen, als sie zu tun in der Lage sind.

Herzfeld. Am 6. Mai verunglückte beim Ausschachten eines Neubaus der Firma S. Bolender der Maurer Adam Klaußius aus Esbach, indem sich eine Felswand, wahrscheinlich war sie unterhöhlt worden, löste und ihn begrub. Er erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er kurz nach Einlieferung in das Landrankenhaus starb; er hinterläßt eine 50jährige alleinlebende Mutter.

Kleefeld. Am 7. Mai war der Maurer Georg Haag mit der Reparatur eines Daches beschäftigt, wo er zu Fall kam und so unglücklich auf Pfahler stürzte, daß er bewußtlos nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. Ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen, ist der Verunglückte nach einigen Stunden gestorben. Haag war 33 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei unehelichen Kindern.

Lüdenscheid. Am 5. Mai fiel der Weißbinder Hein, als er ein Haus anstrich, mit seiner Leiter um und erlitt schwere innere und äußere Verletzungen.

Lüneburg. Am 8. Mai verunglückte der 64 Jahre alte Kollege J. Salau, genannt Stropiep, auf dem Regierungsgebäude bei einer Reparaturarbeit. In einem circa 5 m hohen Zimmer sollte ein Loch durch die Wand geschlagen werden, man hatte zu diesem Zweck eine Leiter auf den glatten Parkettfußboden gestellt. Gleich bei den ersten Schlägen rutschte die Leiter aus und das Unglück war geschehen. Ein komplizierter Schenkelbruch wurde von dem herbeigerufenen Arzt festgelegt. Der Verletzte mußte dem Krankenhause zugeführt werden. Man sollte nie unterlassen, die Arbeiten von der Leiter jemand davorzustellen oder die Leiter so zu befestigen, daß ein Austritt ungenügend ist.

Mittelsieda. Am Umbau vom „Café Bürger“, ausführende Firma Eichler & Hering, stürzte am 7. Mai ein 1,50 m hohes, jeder Beschreibung höfentliches Gerüst mit vier darauf beschäftigten Kollegen in sich zusammen. Während drei mit dem Schred davonkamen, erlitt Kollege Karl Richter einen Bruch des linken Fußgelenks. Nur durch die Anteilnahme bei derartigen Arbeiten lassen sich die Arbeiter vom Bau solch schlechter Gerüste verteidigen; denn Vorsicht nimmt zu viel Zeit in Anspruch.

Mühlhausen i. Th. Im Laufe der vorigen Woche hatten wir am Umbau der Mitteldeutschen Rammgarnspinnerei zwei Anfälle. Beim Schlagen des Anbaues schlug ein Zimmerer mit einem Zuschlaghammer den Daumen zusammen. Dabei flog der Hammer vom Stiel und traf zufälligerweise unsern Kollegen Ernst Schramm derart auf den Hinterkopf, daß er zwei Tage später an seinen Verletzungen starb. — Drei Tage darauf erfolgte am selben Bau ein weiterer Unfall. Beim Aufstellen der Gerüste schlug ein schon stehender Standaum durch einen Windstoß um und traf den Kollegen Armin Müller, der jetzt erst ausgedient hatte, derart auf den Kopf, daß er einen Schädelbruch davontrug. Er wurde in der Privatklinik von Dr. Rathmann untergebracht; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Norbürg a. M. Am 28. April waren drei Kollegen dabei, einen Segmentbogen von 3,50 m Spannweite auszusohlen. Der Widerlagspfeiler der einen Seite war jedoch zu schwach, er wurde vom Bogen weggedrückt und im Fallen rief er den damit verbundenen Giebel mit. Von den drei Kollegen sprangen zwei auf das Gerüst der Vorderfront, während sich der dritte Kollege, Otto Sonders, an eine Reithänse des Giebelgerüsts hammerte. Der umstürzende Giebel zerstückelte jedoch die Aufrechter jenes Gerüsts und so stürzte Sonders hinab. Man brachte den Verletzten in sein Logis. Als man zu dem Arzt J. kam, um ihn zu Hilfe zu bitten, befand er sich auf der Jubiläumssfeier des Bürgermeisters. Er wollte aber nicht zu dem andern Arzte, jedoch sollte er nicht liegen, daß er schon bei ihm (Dr. J.) gewesen sei. Dadurch mußte der schwerverletzte Kollege geraume Zeit ohne Hilfe liegen. Das Verhalten des Dr. J. mag ja bequem sein, aber menschlich ist es nicht.

Waldenburg i. Schl. Am 4. Mai stürzte der Kollege Wilhelm Nibel von einer Leiter aus einer Höhe von 8 bis 9 m herab; glücklicherweise, ohne schwerere Verletzungen zu erleiden.

ATK. Das Sehen eines Hauses. Eine bemerkenswerte technische Leistung wurde im Februar d. J. in der Schiffswerft von Wortman und Clark zu Belfast in durchaus bezeichnender Weise durchgeführt. — Ein großes, vierstöckiges Gebäude von 350 Tonnem Gewicht sollte von der Erde bis auf etwa einen Meter Höhe gehoben werden. Das Haus enthält eine Tischlerwerkstatt, und die Maschinen und Werkzeuge sollten so wenig wie möglich vom Platz gerückt, die Arbeiten nur auf möglichst geringe Zeit unterbrochen werden.

Die Aufgabe wurde glänzend gelöst. Unter der Aufsicht des Werksinspektors Norman Hunter wurde das Gebäude an der Basis durch starke Holzklammern zusammengeklammert, und unter diese ziemlich harmlos aussehende, aber sehr kräftige hydraulische Winden gebracht. Auf ein Pfeisenzeichen des Werksleiters wurde das gesamte Gebäude um einen Zoll gehoben und an achtunddreißig Pfosten festgeleitet. Dieser Vorgang wiederholte sich Zoll für Zoll, bis die Werkstatt bis zur erforderlichen Höhe gehoben war. Der ganze Prozeß ging vollkommen glatt, ohne jeden Zwischenfall, vor sich und war nach fünf Stunden beendet. Die Arbeit in der Werkstatt konnte sofort wieder aufgenommen werden, da nicht ein Gerät oder Werkzeug dabei verschoben worden war.

Gewerkschaftliches.

* Die gewerkschaftliche Neutralität wird jetzt wieder in der Gewerkschaftspresse erörtert. Den Anlaß gab dazu eine Heurung des „Vorwärts“ über den Protest einiger Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gegen sogenannte „revisionistische“ Artikel in ihrem Verbandsorgan und ihrem Verbandsstatuten. Der „Vorwärts“ unterdrückte diese Proteste und fügte dem hinzu:

„Wir sind nicht Anhänger der Neutralität der Gewerkschaften, sofern das Wort bedeutet soll, daß die Gewerkschaften zu allen Parteien neutral stehen. Dagegen halten wir die Neutralität der Gewerkschaften für sehr nötig und nützlich, die den inneren Kämpfen in der Sozialdemokratie gilt.“

Im allgemeinen findet diese Ansicht des „Vorwärts“ sehr wenig Zustimmung in der Gewerkschaftspresse und auch wir können sie nicht in vollem Umfange gutheißen. Würde man das tun, so träfe das zu, was ein christliches Gewerkschaftsblatt der Heurung des „Vorwärts“ als „Glosse“ anhängt: „Vasallenverhältnis. In einem solchen Verhältnis stehen die Gewerkschaften indes nicht zur sozialdemokratischen Partei; das gegenseitige Verhältnis läßt sich am besten als ein *t a l t i s c h e s B i n d n i s* bezeichnen mit dem Zwecke der wechselseitigen Unterstützung und Förderung. Die sozialdemokratische Partei, deren Programm auf die Bedürfnisse und auf die Mission der Arbeiterklasse in der gesellschaftlichen Entwicklung zugeschnitten ist, ist dadurch die gegebene politische Vertretung der Arbeiterklasse, deren fortgeschrittenen Teil die Gewerkschaften darstellen. Somit ist die sozialdemokratische Partei auch die gegebene politische Vertretung der Gewerkschaften. Wer das aber anerkennt, und es dürfte innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung unbestritten sein, der kann den Gewerkschaften nicht die Pflicht auferlegen, ihrer Vertretung gegenüber auf alle Kritik zu verzichten. Gerade aus dem engen tatsächlichen Bündnis (das *n u r f o r m e l l e i n g e s i g t e s B i n d n i s* kann) zwischen unsern Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei entspringt das Recht der Kritik an der Haltung und an den Maßnahmen der Partei und ihrer Organe. Eine Vertretung, deren Haltung man nicht kritizieren könnte, wäre ja auch ein Unbild. Was die Partei tut, welche Stellung sie zu Gesellschaften, zu politischen Tagesfragen, zu politischen, sozialen usw. Problemen einnimmt, das haben die Gewerkschaften moralisch mit zu verantworten, gegebenenfalls mit zu vertreten. Wer aber eine Verantwortung für irgend eine Handlung oder einen Beschluß zu tragen oder wer dafür einzutreten hat, der muß auch die Möglichkeit haben, diese Handlung zu beeinflussen, und zwar nach dem Maßstabe seiner Verantwortlichkeit. Damit ist auch die Frage beantwortet, ob die Gewerkschaften in den Richtungsstreit innerhalb der sozialdemokratischen Partei hineintreten dürfen. Selbstverständlich gebührt ihnen nach Logik und Vernunft dies Recht. Sind die Gewerkschaften der Meinung, in ihrem und im Interesse der Gesamtheit der Arbeiterklasse müsse die Haltung ihrer politischen Vertretung in einer bestimmten Frage so und nicht anders sein, so können sie natürlich die Parteirichtung unterstützen, deren Auffassung der ihrigen am nächsten kommt. Insofern können wir also die Meinung des „Vorwärts“ nicht teilen. Und wir haben ja auch bisher dies Recht der Meinungsäußerung verschiedentlich ausgeübt, auch bei dem Streit um die Bewilligung des Budgets in den süddeutschen Einzelstaaten, der ja auch jetzt zu dem erwähnten Protest gegen die „Metallarbeiterzeitung“ geführt hat. Aber wir sind der Meinung, daß das auf die wichtigsten Fälle beschränkt

